

# DAS PARLAMENT

Nr. 46 | Berlin, 09. November 2024 | 74. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Eisige Stimmung: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier entlässt im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP).

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

## Streit um Vertrauensfrage

# Kanzler will weiter warten

Nach dem Platzen der Ampel-Koalition regiert eine rot-grüne Minderheitsregierung. Opposition fordert Vertrauensfrage in neuer Sitzungswoche. Sachdebatten stehen im Bundestag vorerst indes nicht mehr an

Streit im Bundestag über die Vertrauensfrage: In einer Aktuellen Stunde am Freitagvormittag forderten die Redner der Oppositionsfractionen von CDU/CSU, AfD und FDP energisch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), schnell die Vertrauensfrage zu stellen und damit den Weg für zeitnahe Neuwahlen zu ebnen. Scholz will damit bis zum 15. Januar 2025 warten. Wahlen gäbe es dann wohl im März. Aus den Fraktionen der Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erhielt der Kanzler dafür Rückendeckung. „Das Grundgesetz ist in seinem Wortlaut unmissverständlich“, stellte Dirk Wiese (SPD) in der Debatte klar, allein der Bundeskanzler habe das Initiativrecht für eine Vertrauensfrage. Scholz habe „einen klaren und geordneten Weg zu Neuwahlen skizziert“. Diese müssten „ordentlich vorbereitet werden“.

### Union mahnt Kanzler zur Eile bei der Neuwahl

Im Gegensatz dazu hatte die Unionsfraktion bereits am Donnerstag einstimmig Neuwahlen gefordert. „Es gibt überhaupt keinen Grund, die Vertrauensfrage erst im Januar nächsten Jahres zu stellen“, sagte Fraktionschef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz nach der Fraktionssitzung. Am Freitag fragte dann Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer von CDU/CSU, in der Debatte den nicht anwesenden und beim EU-Gipfel in Budapest weilenden Kanzler

Scholz: „Wie kommen Sie auf die Idee, als jemand, der gerade vom Dreirad gefallen ist, jetzt mit dem Zweirad zu fahren?“ Frei weiter: „Wir brauchen schnell eine stabile Mehrheit und einen neuen Bundeskanzler für dieses Land.“ Auch Bernd Baumann für die AfD-Fraktion verlangte: „Der Wähler muss jetzt ein Machtwort sprechen.“ Ihm entgegnete Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen): „Ihr permanenter Ruf nach Neuwahlen ist ein permanentes Misstrauensvotum gegen die Demokratie und missachtet die Prinzipien des Parlamentarismus.“ Obwohl er ursprünglich nicht auf der Rednerliste stand, griff FDP-Fraktionschef Christian Dürr in die Debatte ein. „Ja, wir haben in dieser Koalition vertrauensvoll zusammengearbeitet“, sagte er. Aber jetzt sei Mut zu Neuwahlen nötig. „Es braucht jetzt eine Richtungsentscheidung.“

### Die Ampel-Koalition scheitert am Haushalt 2025

Ob Scholz darauf eingeht? Dass sich Sozialdemokraten und Liberale derzeit nicht mehr viel zu sagen haben, zeigte sich bereits, als Bundespräsident Steinmeier Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) am Donnerstagstagnachmittag seine Entlassungsurkunde übergab. Scholz stand dabei. Aber Blickkontakt untereinander vermieden beide eisern. Am Abend zuvor hatte der sozialdemokratische Kanzler seinen liberalen Finanzminister entlassen, ihm vorge-

worfen, „zu oft Gesetze sachfremd blockiert“ oder „kleinkariert parteipolitisch taktiert“ zu haben. Scholz weiter: „Zu oft hat er mein Vertrauen gebrochen.“ Wumms. Gescheitert ist die Beziehung Scholz-Lindner-Habeck am Geld. Das machte der Kanzler selbst deutlich. „Ich bin nicht bereit, unsere Unterstützung für die Ukraine und Investitionen in unsere Verteidigung zulasten des sozialen Zusammenhalts zu finanzieren, zulasten von Rente, Gesundheit oder Pflege.“ Er werde die Bürger nicht vor die Wahl stellen, entweder in die Sicherheit oder die Infrastruktur zu investieren. „Dieses Entweder-oder ist Gift“, sagte Scholz. Sein Ausweg: Mehr Schulden. Derzeit plant die Regierung eine Neuverschuldung von 51,3 Milliarden Euro, das Maximale, was die Schuldenbremse des Grundgesetzes nach derzeitigem Stand für 2025 zulässt. Aber Scholz will mehr, forderte von Lindner, eine Notlage auszurufen. Mit Zustimmung des Bundestags könnte dann die Schuldenobergrenze gerissen werden. Die Koalition habe das Ende 2023 so vereinbart: „Der russische Angriffskrieg, der nun schon im dritten Jahr tobt, sowie all seine Folgen, sind eine solche Notsituation“, argumentierte Scholz.

### Lindner argumentiert mit seinem Amtseid

Lindner wollte da nicht mitmachen. Mit einem Aussetzen der Schuldenbremse hätte er seinen „Amtseid ver-

letzt“, erklärte er unmittelbar nach seiner Entlassung am Mittwochabend, sichtlich angefasst. Am Donnerstag erhielten mit ihm auch die nun zurückgetretenen FDP-Bundesminister Marco Buschmann (Justiz) und Bettina Stark-Watzinger (Bildung und Forschung) ihre Entlassungsurkunden vom Bundespräsidenten. Zuvor hatte Verkehrsminister Volker Wissing mitgeteilt, sein Amt als Verkehrsminister zu behalten, allerdings verließ er die FDP.

### Dünne Tagesordnung in neuer Sitzungswoche

Dass zwischen Lindner und Wissing während des Termins beim Bundespräsidenten eisige Atmosphäre herrschte, überrascht nicht. Wissing war anwesend, weil er von Buschmann zusätzlich zu seinem Amt als Verkehrsminister das des Justizministers übernahm. Das Bildungsministerium führt nun Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen), der auch Landwirtschaftsminister bleibt. Neuer Finanzminister ist Jörg Kukies (SPD), bisher beamteteter Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Im Bundestag wurden ab Donnerstag alle aktuellen Sachdebatten im Plenum abgesagt. Am kommenden Mittwoch dürfte dort der Streit über den richtigen Zeitpunkt für Neuwahlen weitergehen. Für 13 Uhr ist eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers mit einer zweistündigen Aussprache angesetzt.

Stephan Balling

## KOPF DER WOCHE

### Erneut Präsident

Donald Trump Nach vier Jahren kehrt der Republikaner als US-Präsident zurück ins Weiße Haus. Das ist nicht so überraschend wie noch 2016, aber eben auch nicht selbstverständ-



© picture-alliance/dpa

lich angesichts des von ihm befeurten Sturms auf das US-Parlament 2021 nach seiner Abwahl zuvor. Nach einem hitzigen und oft aggressiven Wahlkampf siegte der 78-Jährige nun überraschend eindeutig über seine demokratische Gegenkandidatin, die scheidende Vizepräsidentin Kamala Harris. Vor seinen Anhängern versprach Trump ein „goldenes Zeitalter“ Amerikas. Seine Kritiker fürchten indes einen harten Kurswechsel in der US-Politik. Trump hatte im Wahlkampf die „größte Deportation der Geschichte“ von Migranten aus den USA, ein schnelles Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie hohe Einfuhrzölle und Steuererhöhungen angekündigt (siehe Seite 8 bis 9). ahe

## ZAHL DER WOCHE

# 295

Wahlleute kann Trump für sich verbuchen (Harris: 226). Präsident wird, wer 270 Stimmen erhält (Stand: 8. November, Quelle: New York Times).

## ZITAT DER WOCHE

»Wenn wir eine Wahl verlieren, akzeptieren wir das Ergebnis.«

Kamala Harris, gescheiterte Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
34123 Kassel



## INTERVIEW: WO SIEHT DIE UNION IHRE VERANTWORTUNG FÜR STABILE POLITISCHE VERHÄLTNISS?

## »Scholz spielt mit den Wählern«

Alexander Hoffmann (CSU) ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Bundestag und fordert, dass Deutschland zur Amtseinführung von Donald Trump wieder handlungsfähig sein müsse - der Kanzler könne nicht bis dahin mit seiner Vertrauensfrage warten

**Deutschland steuert auf Neuwahlen zu. Vor den letzten Wahlen gab es in der Union lange Streit um den richtigen Kanzlerkandidaten. Sind Sie erleichtert, dass CDU und CSU sich diesmal bereits früh auf einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten einigen konnten?**

Ja, absolut. Friedrich Merz bringt alles mit, was unser Land in diesen schwierigen Zeiten braucht. Die Union steht als Team geschlossen zusammen. Wir sind fest entschlossen die kommende Bundestagswahl zu gewinnen und mit einer starken Unionsfraktion in den neuen Deutschen Bundestag einzuziehen.

**Der Bundeskanzler will im Januar die Vertrauensfrage stellen. Mögliche Neuwahlen gäbe es dann im März. Der Unionsfraktion ist dies zu spät...**

...das ist definitiv zu spät. Die politische Blockade lähmt das Land, und die Menschen brauchen Klarheit. Aus der Ampel bleibt ja nur noch eine lahme Fußgängerampel über. Je früher die Neuwahlen stattfinden, desto schneller kann eine stabile Unionsregierung Verantwortung übernehmen. Der Kanzler ist mit dem Slogan „Respekt“ angetreten, dieses Heraus-zögern der Neuwahlen ist gegenüber dem Bürger maximal respektlos.

**Aber hat der Kanzler dort nicht auch ein Argument, wenn er sagt, dass mit einer späteren Vertrauensfrage noch dringende Gesetzgebungsvorhaben abgeschlossen werden können.**

Der Kanzler hat im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Daher liegt nichts ferner als auf den letzten Metern der gescheiterten Ampel nun rot-grüne Wunschprojekte durchzudrücken.

**Ihre Forderung nach einer Vertrauensfrage schon in der kommenden Woche würde allerdings Wahlkampf über Weihnachten bedeuten. Ist das wirklich die richtige Zeit für eine harte politische Auseinandersetzung?**

Natürlich ist Weihnachten eine besondere Zeit, aber die politische Lage in Deutschland ist derzeit zu angespannt, um den Wahlkampf künstlich

hinauszuzögern. Die Bürger erwarten die Neuwahlen jetzt. Der Wahlkampf hat ohnehin mit dem Ende der Ampel begonnen.

**Nochmal zurück zu den offenen Projekten dieser Wahlperiode. Die Zeit bis Weihnachten will der Bundeskanzler nutzen, um eine Reihe von Gesetzgebungsvorhaben noch abzuschließen: den Ausgleich der kalten Progression, seine Rentenpläne, die Umsetzung der Regeln des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie „Sofortmaßnahmen für unsere Industrie“. Welche Themen gibt es aus Ihrer Sicht, die keinen Aufschub dulden?**

Deutschland braucht eine Regierung, die unser Land wieder auf Vordermann bringt. Mit der Resterampe Ampel wird dies nicht gelingen, daher eröffnet jeder Tag, den früher Neuwahlen stattfinden, die Möglichkeit, die Probleme unseres Landes zeitnah zu lösen. Wir wollen, dass die Menschen wieder stolz auf Deutschland sein können – das geht nicht mit rot-grünen Ideologieprojekten.

**Knackpunkt der Koalition war am Ende der Haushalt. Wie schädlich wäre eine Verabschiedung des Haushalts für 2025 nach der Bundestagswahl?**

Nach einer Bundestagswahl und den Koalitionsverhandlungen werden Haushalte immer wieder mal erst im neuen Jahr beschlossen. Dafür ist die vorläufige Haushaltsführung vorgesehen und ein ganz normales Instrument, damit der Staat handlungsfähig bleibt. In Deutschland droht dadurch im Gegensatz zu den USA kein Shutdown.

**Wenn Sie schon den Vergleich zu den USA ziehen: Erhöht der Ausgang der US-Präsidentenwahl nicht aber den Druck auf die deutsche Politik, jetzt zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen?**

Aufgabe von Politik ist es nicht, demokratische ausländische Wahlausgänge zu kommentieren. Aufgabe ist es, mit diesen Wahlausgängen zu arbeiten. Sollte Olaf Scholz in der kommenden Sitzungswoche die Vertrauensfrage stellen, ist die deutsche Politik mit einem neuen Bundestag be-



© Laurence Chaperon

reits zur Amtseinführung von Donald Trump schon wieder handlungsfähig. Der Kanzler will da aber erst die Vertrauensfrage stellen. Scholz spielt mit den deutschen Wählern, vor allem aber auch mit der internationalen Reputation unseres Landes.

**Der Bundesfinanzminister hat sich am Schluss gegen das Ansinnen des Bundeskanzlers gestemmt, den Haushalt über mehr Schulden zu kitten. Haben Sie Respekt davor, an der Grundüberzeugung so hart festzuhalten, selbst um des Preises der Entlassung durch den Kanzler?**

Der Bundesfinanzminister hat an einer Selbstverständlichkeit festgehal-

ten. Die Schuldenbremse ist in unserer Verfassung verankert und ein Ausnahmeetatbestand nicht ersichtlich. Insofern geht es hier weniger um Überzeugung als um Verfassungstreue, was den Kanzler in ein ganz schlechtes Licht rückt.

**Der Bundespräsident hat Donnerstag gemahnt, es sei die „Zeit für Vernunft und Verantwortung.“ Er warte, dass alle Verantwortlichen der Größe der Herausforderung gerecht würden. Welche Verantwortung hat denn die Opposition in der jetzigen Lage?**

Das Parlament bleibt uneingeschränkt handlungsfähig, wofür auch die Opposition das Ihre beitragen

wird. Unserer staatspolitischen Verantwortung ist die Union während den letzten Jahren in der Opposition immer wieder nachgekommen. Da Olaf Scholz an seinem Amt klebt, ist es nun auch Verantwortung der Opposition lautstark schnelle Neuwahlen einzufordern.

**Zur Neuwahl wird zum ersten Mal das neue Wahlrecht gelten. Bei der Bundestagswahl 2021 hatte die CSU durch ihre starken Wahlkreisergebnisse insgesamt acht Überhangmandate erhalten. Überhangmandate gibt es nun nicht mehr. Nicht jeder Sieger in einem Wahlkreis erhält künftig auch einen Sitz im Bundestag. Die CSU im Bundestag könnte nach der Wahl kleiner werden, obwohl sie vielleicht alle Wahlkreise in Bayern gewinnt.**

Mit dem neuen Wahlrecht wird die Zweitstimme noch entscheidender. Daher wird die CSU um jede Stimme kämpfen, um Bayern in Berlin stark vertreten zu können. Das neue Wahlrecht ist uns insofern Ansporn: Nach dem aktuellen Stand der Umfragen würden alle CSU-Direktkandidaten in den Deutschen Bundestag einziehen und wir werden alles tun, dass dies so bleibt.

**Die Rückabwicklung der Wahlrechtsreform hatte die CSU noch im Sommer zu einer der Bedingungen für eine mögliche Regierungsbeteiligung gemacht. Ist sie tatsächlich das größte Problem in Deutschland?**

Wir stehen klar für ein Wahlrecht, das künftig wieder die direkte Wahlentscheidung der Bürger respektiert. Eine unionsgeführte Bundesregierung muss neben dem Wahlrecht eine ganze Reihe an Versäumnissen und schlechten Gesetzen der Ampel aufräumen. Es ist also eine Menge zu tun. Jeder Tag, den die Bürger früher eine neue Regierung wählen können, ist also entscheidend.

Das Interview führte Christian Zentner ■

Alexander Hoffmann ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion sowie Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU im Bundestag.

## PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Die Macherin: Gabriele Katzmarek

Wenn es im Bundestag einen virtuellen Maschinenraum gibt, der den parlamentarischen Betrieb am Laufen erhält, dann wird Gabriele Katzmarek nicht weit davon weg sein. Abgeordnete verfügen in der Regel nicht über schmale Terminkalender, doch ihrer ist noch ein wenig dicker: Nicht nur ist Katzmarek, Mitglied der SPD-Fraktion aus dem Wahlkreis Rastatt, im Wirtschaftsausschuss und stellvertretend in zwei weiteren – die 64-Jährige ist auch Parlamentarische Geschäftsführerin und damit für die Betriebstemperatur der Fraktion zuständig. Sie sitzt deshalb auch in Kommissionen, die dem Ältestenrat des Bundestags untergeordnet sind, „heute arbeiteten wir an einer Änderung der Hausordnung“, berichtet sie, es geht um eine verschärfte Überprüfung von Mitarbeitern, um zu vermeiden, dass Personen, die extremistisches Gedankengut pflegen und ihre Beschäftigung hier im Hause nutzen, um demokratiefeindlich zu agieren, überhaupt Zutritt bekommen. „Anfangs hatte ich meine Zweifel, bei solchen Abfragen nicht nur Polizeiinformationen, sondern auch welche vom Verfassungsschutz hinzuzuziehen“, sagt sie, „aber zum Schutz des Parlaments ist dies leider notwendig“. Und morgen um acht tagt eine weitere Kommission, die sich unter anderem um die Arbeitsverträge der bei Abgeordneten Beschäftigten kümmert.

Es ist Mittwoch, 17 Uhr. In einer Stunde hat sie Plenardienst, open end. Was bei diesem Pensum indes überraschend, ist ihre Gelassenheit. Katzmarek lädt in ihr Büro, das mit Souvenirs heimelig bestückt ist, wie zu einem Plausch ins Wohnzimmer. Vielleicht hat das zwei Gründe.

Zum einen hat sie beschlossen, dass mit dieser Legislatur für sie Schluss ist. „Es ist dann Zeit für neue Schritte in meinem Leben, für mehr liegengeliebene Beziehungspflege, mehr Ehrenamt“ zählt sie auf. „Ich bin zwar hin- und hergerissen, weil das Gestalten hier mir große Freude bereitet. Aber es ist wichtig, auch auf jüngere Nachfolger zu achten.“ Und zum an-



Unser Einschreiten für die Belange der Beschäftigten wird ein Hauptschwerpunkt im Wahlkampf sein.

GABRIELE KATZMAREK



© spdfraktion.de

deren kennt Katzmarek, was malochen ist. Sie stammt aus einer Bergarbeiterfamilie im Ruhrgebiet und schloss nach der Schule eine Ausbildung zur Chemielaborantin ab. „Abi stand gar nicht zur Debatte, das machten die Wenigsten aus meiner Grundschule.“ Ihre Mutter hatte sich scheiden lassen, und weil die Zeit damals so war, wie sie war, erhielt sie wegen „böswilligen Verlassens“ keinen Unterhalt. Sie als Tochter trug vor der Schule Zeitungen aus und half danach bei Kartoffel- und Rübenernte. Es

blieb ein Ungerechtigkeitsgefühl, wegen der ausbleibenden Zahlungen, wegen der Blicke, wenn sie mit einem Gutschein zur sozialen Sicherung Butter einkaufte und wenn das Sozialamt zur Kontrolle vorbeikam, ob der beantragte Wintermantel tatsächlich notwendig war und keiner im Schrank hing.

Die Chemielaborantin Katzmarek engagierte sich in der Gewerkschaft, wurde dann von der IG Bergbau, Chemie, Energie angestellt und wirkte schließlich als Bezirksleiterin. Kein Wunder, dass sie seit ihrem Einzug in den Bundestag im Jahr 2013 industriepolitische Themen bearbeitete. „Es gibt in der Wirtschaft Probleme“, sagt sie. „Aber man kann durch Schlechtere eine Situation auch verschlechtern.“ Jetzt brauche es Investitionen. Natürlich, gewisse Entwicklungen seien verschlafen worden, wie neue Technologien in der Automobilwirtschaft. „Aber es geht nicht nur in eine Richtung: Zum Beispiel holt die industrielle Gesundheitswirtschaft gerade in Deutschland unheimlich auf und schafft viele neue Industriearbeitsplätze.“ Diese sei mittlerweile größer als die Automobilbranche.

Für Katzmarek war soziale Sicherheit ein Hauptziel ihres politischen Engagements. „Unser Einschreiten für die Belange der in der Industrie und im Handwerk Beschäftigten wird ein Hauptschwerpunkt im kommenden Wahlkampf sein“, kündigt sie an. In den Bundestag kam sie, weil sie den Wahlkreis Rastatt aus ihrer Gewerkschaftsarbeit kannte, sie mehrere Betriebsabschlüssen begleitet hatte. Man habe sie gefragt, sagt sie. Da kommt die Mitarbeiterin rein, der Plenardienst ruft. Katzmarek zieht sich ihre Jacke ein und eilt hinaus.

Jan Rüböl ■



Nach dem Ampel-Aus rückt die Vertrauensfrage Bundestag in den Fokus.  
© picture alliance/Daniel Kalker

Wege zu Neuwahlen

# Eine Regierung ohne Mehrheit

Was das Grundgesetz über den Weg zur Auflösung des Bundestages und zu vorzeitigen Neuwahlen sagt

**E**twas Ruhe in das Chaos nach dem Bruch der Ampel und der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), erst am 15. Januar 2025 im Bundestag die Vertrauensfrage stellen zu wollen – dieses Signal wollte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Donnerstagvormittag aus Schloss Bellevue senden: „Unsere Verfassung hat Vorsorge getroffen für den Fall, der jetzt eingetreten ist“, sagte Steinmeier. Und weiter: „Unser Land braucht stabile Mehrheiten und eine handlungsfähige Regierung. Das wird mein Prüfungsmaßstab sein“, appellierte er an alle, der Verantwortung in der Phase des Umbruchs gerecht zu werden.

Dass eine regierende Koalition vor Ablauf der vierjährigen Legislatur keine Mehrheit mehr im Bundestag hat, ist in der 75-jährigen Geschichte der Bundesrepublik sehr selten. Zu vorgezogenen Bundestagswahlen kam es bisher dreimal – ausgelöst durch gescheiterte Vertrauensfragen in den Jahren 1972 (Willy Brandt, SPD), 1982 (Helmut Kohl, CDU) und 2005 (Gerhard Schröder, SPD). Welche Möglichkeiten gibt das Grundgesetz für eine vorzeitige Auflösung und zur Abwahl einer Regierung?

**Warum sich der Bundestag nicht selbst auflösen kann**

Nach der Verfassung dürfen die Abgeordneten nicht selbst über die Auflösung des Bundestages entscheiden – und auch Bundeskanzler und Bun-

despräsident können dies nicht allein. Diese Konsequenz zogen die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1949 aus den instabilen Weimarer Verhältnissen. Häufige Neuwahlen, Regierungswechsel und Blockaden, die das Land unregierbar machen, sollten so verhindert werden. Das Grundgesetz lässt eine Parlamentsauflösung daher nur dann zu, wenn sich erwiesen hat, dass sich im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit (mehr) formieren kann. Und selbst dann ist eine Auflösung keineswegs die einzige Option.

**Möglichkeit 1: Die (gescheiterte) Kanzlerwahl**

Zu Beginn einer Legislaturperiode oder wenn der Kanzlerposten aus anderen Gründen nicht besetzt ist, beispielsweise durch den Rücktritt eines Bundeskanzlers, kann der Bundespräsident das Parlament auflösen, wenn der Bundestag trotz wiederholter Versuche nicht mit der absoluten Mehrheit einen neuen Bundeskanzler wählt. Der Bundespräsident hat für diese Entscheidung eine Bedenkzeit von sieben Tage nach dem so genannten dritten Wahlgang. Neuwahlen müssen dann innerhalb von 60 Tagen stattfinden.

**Möglichkeit 2: Die Vertrauensfrage**

Der Kanzler kann im Bundestag die Vertrauensfrage nach Artikel 68 stellen, um festzustellen, ob ihm die Abgeordneten noch die nötige Unterstützung zusichern. Verknüpft werden kann die Vertrauensfrage mit einem konkreten Gesetzesvorhaben. Erhält der Bundeskanzler keine Mehrheit, kann er den Bundespräsidenten bitten, den Bundestag aufzulösen, da die Bundesregierung nicht mehr handlungsfähig ist. Dies muss innerhalb von 21 Tagen geschehen – zwischen Antrag und Abstimmung müssen zudem 48 Stunden liegen. Fünfmal wurde in der Geschichte des

Bundestages bislang die Vertrauensfrage gestellt (siehe Seite 5). Nach der letzten Vertrauensfrage von Ex-Kanzler Schröder am 27. Juni 2005, der von Beginn an auf Neuwahlen abzielte, stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass das Grundgesetz auf eine handlungsfähige Regierung abzielt und die auf die Auflösung des Bundestages gerichtete Vertrauensfrage nur gerechtfertigt sei, „wenn die Handlungsfähigkeit einer parlamentarisch verankerten Bundesregierung verloren gegangen ist.“ Weder muss der Bundespräsident als Reaktion auf eine verlorene Vertrauensfrage den Bundestag auflösen, noch muss diesen der Bundeskanzler überhaupt um die Auflösung bitten. Der Kanzler kann auch anders reagieren und beispielsweise seinen Rücktritt erklären oder sich für eine Minderheitsregierung ohne Mehrheit im

Bundestag entscheiden. Der Rücktritt würde wieder zur Kanzlerneuwahl nach Artikel 63 des Grundgesetzes führen, mit der möglichen Folge einer Auflösung des Bundestages, sollte diese Wahl scheitern.

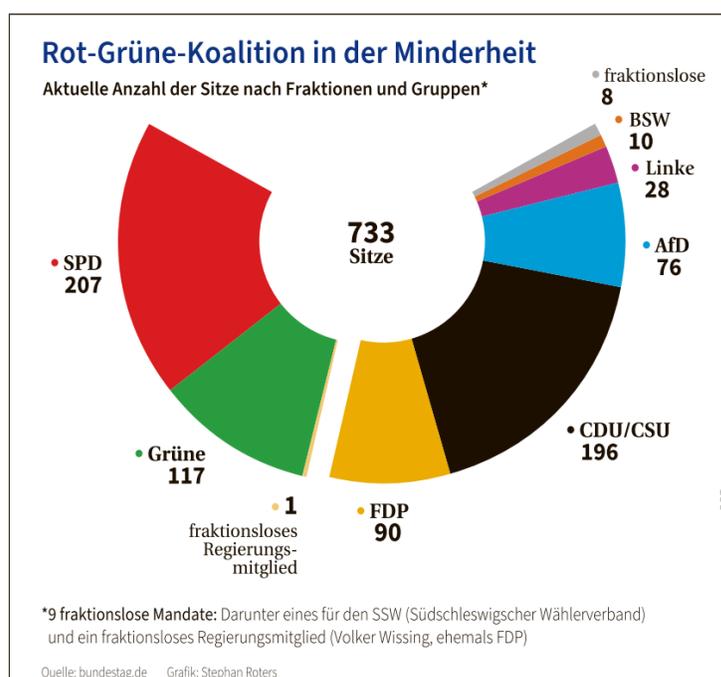
**Was ist mit einer Minderheitsregierung?**

Eine Minderheitsregierung, wie sie am Mittwoch Realität geworden ist, muss sich für jedes Gesetzesvorhaben Mehrheiten im Parlament suchen. Minderheitsregierungen auf Bundesebene sind in der Geschichte der Bundesrepublik sehr selten und hielten nur wenige Wochen: im Herbst 1966 unter Ludwig Erhard (CDU) und im Herbst 1982 unter Helmut Schmidt (SPD). Fällt die Entscheidung des Kanzlers auf das Anführen einer Minderheits-

regierung, könnte dabei die Stunde der im Grundgesetz vorgesehenen Regelung des Gesetzgebungsnotstandes schlagen. Der ist in Artikel 81 ausschließlich für die Konstellation einer verlorenen Vertrauensfrage ohne Parlamentsauflösung geregelt und kann im Ergebnis dazu führen, dass Gesetze auch gegen den Willen des Bundestages als zustande gekommen gelten. Nötig dafür wäre die Erklärung des Gesetzgebungsnotstandes durch den Bundespräsidenten, die dieser nur mit Zustimmung des Bundesrates vornehmen darf, sowie die Zustimmung des Bundesrates zu dem vom Bundestag abgelehnten konkreten Gesetzentwurf.

**Möglichkeit 3: Das Misstrauensvotum**

Liegt das Heft des Handelns bei der Vertrauensfrage in der Hand des Bundeskanzlers, so ist das konstruktive Misstrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes das Pendant in der Hand der Abgeordneten. Der Bundestag kann dem Bundeskanzler und seiner Regierung das Misstrauen aussprechen, indem er mit absoluter Mehrheit einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den bisherigen Kanzler zu entlassen. Der neu Gewählte muss dann vom Bundespräsidenten als neuer Bundeskanzler ernannt werden. Der alte Kanzler und auch alle Bundesminister verlieren damit sofort ihr Amt. Ein Kanzlersturz ist also zugleich auch ein Sturz der gesamten Regierung. So geschehen 1982, als die FDP den bisherigen Koalitionspartner SPD verließ und nach einem Misstrauensvotum Helmut Kohl Helmut Schmidt als Kanzler ablöste. Zwar ist die Abhängigkeit einer Regierung vom Parlament ein Wesensmerkmal jedes parlamentarischen Regierungssystems, doch die Ausgestaltung des konstruktiven Misstrauensvotums in Deutschland ist weltweit einzigartig.



» Unsere Verfassung hat Vorsorge getroffen für den Fall, der jetzt eingetreten ist.“  
BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER

## Streit um die Schuldenbremse

## Die Bruchstelle der Ampel

Am Mittwoch spitzte sich der Streit um den Haushalt 2025 im Koalitionsausschuss zu. Eine Lösung fand die in Etatfragen ohnehin uneinige Regierung nicht mehr

Am Mittwochnachmittag war die Stimmung im Haushaltsausschuss noch geschäftig. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) war gekommen, um mit den Abgeordneten ihren Etat für das nächste Jahr zu beraten. Die Berichterstatter der zu diesem Zeitpunkt noch existierenden Ampel-Koalition dankten sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit; man brachte gemeinsam auch einige Änderungen am Einzelplan durch, die Haushalter gerne ins Schaufenster stellen: Mehr Geld für das Technische Hilfswerk zum Beispiel. Doch hinter mehr oder minder vorgehaltener Hand wurde im Ausschuss schon getuschelt, ob die Haushaltsberatungen am nächsten Tag – nach dem Koalitionsausschuss – überhaupt stattfinden würden.

## Finanzminister Lindner bestand auf der Schuldenbremse

Wenige Stunden später war klar: Nein, das werden sie nicht. Die FDP ist aus der Koalition raus, damit fehlt eine Regierungsmehrheit, um einen Etatentwurf für 2025 aufs Gleis zu setzen. Und der Haushalt 2025 war auch einer der wesentlichen Gründe, warum die Koalition in wechselseitigen Tiraden Mitte der Woche zerbrach. SPD und Grüne forderten vom Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), die Schuldenbremse im kommenden Jahr zu lösen; Lindner weigerte sich und war kurze Zeit später seinen Job los. Gänzlich überraschend kam das aus haushaltspolitischer Sicht nicht. Schon die Aufstellung des Entwurfs war von intensiven Diskussionen begleitet. Sprich: Es flogen die Fetzen. Schließlich beschloss die Bundesregierung einen Etatentwurf, von dem sie offenbar selbst nicht überzeugt war. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben gelang nämlich nur, weil man mit einer großen globalen Minderausgabe plante. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Finanzminister Lindner kündigten an, dieses faktische Haushaltsloch noch durch den einen oder anderen Haushaltstrick stopfen zu wollen. Die

juristischen Prüfungen fielen aber in Teilen so aus, dass der Finanzminister da nicht mitgehen wollte. Der dem Bundestag zugewiesene Entwurf enthielt weiterhin ein Milliardenloch. Die Haushalter der Koalition machten sich an die Arbeit, drückten aber auch ihre Erwartung aus, dass von der Bundesregierung noch ein tauglicher Vorschlag kommen sollte, um die Lücke zu schließen. Diese Lösungssuche scheiterte schließlich.

## Tiefe Gräben in der Haushalts- und Fiskalpolitik

Ohnehin war es die Haushalts- und Fiskalpolitik, bei der zwischen SPD und Grünen auf der einen und der FDP auf der anderen Seite seit Anbeginn der Koalition ein Graben klappte. Die FDP hatte als rote Linie einen Verzicht auf Steuererhöhungen und das Einhalten der Schuldenbremse festgeschrieben. Da die Koalition das Land inmitten der Folgen der Corona-Pandemie übernahm, galt allerdings erst einmal der (haushaltspolitische) Ausnahmezustand, die Schuldenbremse war aufgehoben. 2022 folgte der russische Überfall auf die Ukraine und damit verbunden die Energiekrise – mit Stichworten wie Gas- und Strompreisbremse, Zeitenwende und Sondervermögen Bundeswehr.

In der Ausnahmesituation von 2021 sahen die Koalitionäre aber auch eine Chance, um ihre politischen Gräben zuzuschütten – mit 60 Milliarden Euro. Sie überführten mit einem Nachtragshaushalt nicht genutzte Kreditermächtigungen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in den Haushalt eingestellt worden waren, in den weiterentwickelten Klima- und Transformationsfonds. So sollte es gelingen, die Schulden in den künftigen Haushaltsjahren im Rahmen zu halten, gleichzeitig aber eine ambitionierte Klima- und Transformationsagenda ins Werk zu setzen.

Die Idee, die noch aus Zeiten von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) stammte, setzte der neue Finanzminister Lindner um – und scheiterte damit krachend vor dem Bundesverfassungsgericht, das den Nachtrag für nichtig erklärte.

Das Urteil platzte im November 2023 mitten in die abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2024, auch die Aufstellung dieses Etats war innerhalb der Bundesregierung ein Kraftakt gewesen. Einige Wochen brauchte die Koalition, um sich zu berrappeln und den Etat – ohne Ausnahme von der Schuldenbremse – für das laufende Jahr verspätet zu beschließen. Die Klima- und Transformationsagenda war durch das Urteil aber erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden, was innerhalb der Bundesregierung wiederum zu verschärften Konflikten über die Finanzierung führte – und über die richtige Form der Wirtschaftspolitik. Eine Lösung fand die Ampel nicht.

Das Aus der Koalition bedeutet wohl, dass im nächsten Jahr vorerst die vorläufige Haushaltsführung greift. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Helge Braun (CDU), geht zumindest nicht mehr davon aus, dass die Haushaltsberatungen wieder aufgenommen werden. „Der Haushalt war der wesentliche Sachgrund für das Scheitern der Ampel-Regierung. Grundlegende Finanzierungs- und Rechtsfragen sind völlig offen.“ Eine andere Mehrheit, die bereit sei, auf dieser Grundlage einen Haushalt zu beschließen, könne er nicht erkennen.

## Vorläufige Haushaltsführung wohl über Monate

Nach der vorläufigen Haushaltsführung, die in Artikel 111 Grundgesetz geregelt ist, wird der Bund weiterhin flüssig sein. Gehälter können gezahlt, gesetzliche Leistungen ausgegeben werden. Auch schon „rechtlich begründete Verpflichtungen“ des Bundes können umgesetzt werden. Wesentliche neue Verpflichtungen kann der Bund nicht eingehen. Den Haushalt 2025 wird voraussichtlich eine neue Bundesregierung auf den Weg bringen müssen. Der Zeitplan dafür ist ungewiss. Ebenfalls ungewiss ist, wie es mit dem Nachtragshaushalt 2024 weitergeht, den die ehemalige Ampel-Koalition eingebracht hatte. Er sollte eigentlich dazu dienen, Mehrausgaben unter anderem beim Bürgergeld und im Klima- und Transformationsfonds abzudecken. *Sören Christian Reimer*



Abgeordnete beim „Hammelsprung“ vor dem Plenarsaal

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

## Aktuelle Stunde zur Wirtschaftskrise

## Alles noch normal - am Nachmittag

Kurz vor ihrem Ende steht die Koalition noch zusammen

Mittwochnachmittag, im Plenarium des Reichstagsgebäudes, wenige Stunden vor dem Platzen der Ampel-Koalition: Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion debattieren die Abgeordneten in einer Aktuelle Stunde zum Thema „Kurs der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise“. Noch verlaufen die Fronten hier anhand der üblichen Linien: Opposition contra Koalition. Die Unionsfraktion kritisiert, dass keine Minister anwesend sind, stellt einen Antrag, dass die Kabinettsmitglieder Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Lindner (FDP) herbeigerufen werden. Aufgrund unübersichtlicher Mehrheitsverhältnisse folgt ein sogenannter Hammelsprung zu diesem Antrag, die Abgeordneten verlassen den Plenarsaal und betreten ihn durch verschiedene Türen, die mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ markiert sind. Das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses, bei dem die Saaldienere die Stimme der Abgeordneten einzeln zählen können: Die Koalition steht noch, mit 329 Gegenstimmen wird der Unionsantrag abgelehnt. „Welch eine Überraschung“, kommentiert der sitzungsleitende Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) den Vorgang noch ironisch-süffisant, als wäre es da noch selbstverständlich gewesen, dass die Ampel-Koalition zusammenhält. Redner von SPD, Grünen und FDP verteidigen in der Folge die Regierungspolitik in Einigkeit: „Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren viel erreicht“ sagt Reinhard Houben für die FDP-Fraktion. Die Energieversorgung sei nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gesichert worden, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz sei verabschiedet, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, der Strompreis von Kosten des Ausbaus Erneuerbarer Energien (EEG-Umlage) befreit, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe gesenkt worden. Eine Wachstumsinitiative liege vor.

## Klößner: Nichts, nichts, wieder nichts

„Dann läuft das ja super!“, ruft Julia Klößner dazwischen. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion ist zuvor durch die vergangenen Ampel-Monate gefegt. In ihrer Rede wirft sie der Koalition vor, Ankündigungen nie umzu-

setzen: „Ende April legt die FDP zwölf Punkte für eine Wirtschaftswende vor. Daraus folgt: Nichts. Im Juli legt das Bundeskabinett die Wachstumsinitiative vor. Daraus folgt: nichts. Im September dann der Autogipfel von Minister Habeck. Was folgt daraus? Nichts.“ Weiter sei es im Oktober mit dem SPD-Strategiepapier gegangen – Mindestlohn erhöhen, Reiche besteuern, Industriestrompreis. „Was folgt daraus? Nichts.“ Der Industriegipfel des Bundeskanzlers am 16. Oktober, was sei dabei herausgekommen? „Nichts.“ Was aus den Wirtschaftsgipfeln von Kanzler Scholz (SPD) und Lindner? „Wieder nichts.“

## SPD verweist auf gute Wirtschaftsdaten

Dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht so schlecht sei, wie Klößner sie zuvor beschrieben habe, entgegnet ihr Bernd Westphal für die SPD-Fraktion: „Es ist so, dass wir in der industriellen Produktion im September einen Zuwachs von 4,2 Prozent hatten und dass wir ein Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent im letzten Quartal hatten.“ Leif-Erik Holm stellt daraufhin für die AfD-Fraktion fest: „Die Ampel hat immer noch nichts begriffen. Aber zum Glück kommen die Dinge in Bewegung, jetzt zumindest schon mal auf der anderen Seite des Atlantiks. Donald Trump wird neuer US-Präsident, und da sagen wir: Herzlichen Glückwunsch.“

Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) wirft der Union mit Blick auf deren langjährige Regierungszeit vor: „Sie haben nichts gemacht, trotz der Finanzlage, die in diesen Jahren sehr gut war. Es wurde nicht investiert. Die Infrastruktur ist immer maroder geworden.“

Der Deutschlandfonds von Minister Habeck sei zwar eine „gute Idee“, findet Janine Wissler, Gruppe Die Linke. „Dieses Geld aber ohne Sinn und Verstand Unternehmen in den Rachen zu werfen, ist schlichtweg Unsinn.“ Dem zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Finanzminister Lindner wirft sie vor, er wolle „beim Klimaschutz kürzen“. Wissler: „Er schadet der Wettbewerbsfähigkeit.“

Sahra Wagenknecht von der Gruppe BSW warnt vor angekündigten „Massenentlassungen“. Die Bundesregierung sei handlungsunfähig. „Schlimmer kann es für ein Land kaum kommen.“ *Stephan Balling*



Im Sommer lächelte man noch gemeinsam: Doch der von der Bundesregierung damals vorgelegte Haushaltsentwurf 2025 stellte die Ampel vor offenbar unlösbare Herausforderungen. *© picture alliance/dpa | Michael Kappeler*

## Rückblick auf die bisherigen Vertrauensfragen und Misstrauensvoten

## Heikle Frage mit heftigen Folgen

Nach Brandt, Kohl und Schröder ist Olaf Scholz schon der vierte Kanzler, der ein Scheitern bei der Vertrauensfrage anstrebt

Eigentlich soll der Artikel 68 des Grundgesetzes, der die sogenannte Vertrauensfrage regelt, der Stärkung der Regierung dienen. Danach kann der Bundespräsident den Bundestag auf Vorschlag des Kanzlers innerhalb von 21 Tagen auflösen, wenn dessen Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, im Parlament keine Mehrheit findet.

Das Recht zur Auflösung erlischt freilich, sobald das Parlament einen anderen Kanzler wählt – eine Regelung, die an das „konstruktive Misstrauensvotum“ erinnert. „Konstruktiv“ deshalb, weil der Bundestag laut Grundgesetz-Artikel 67 „dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen (kann), dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt“. Das soll vermeiden, dass der Staat in einer Krise ohne handlungsfähige Regierung ist. Zwei Mal wurde bislang ein konstruktives Misstrauensvotum beantragt; fünf Mal stellten Kanzler die Vertrauensfrage. Eigentlich als Disziplinierungsinstrument des Regierungschefs gedacht, um in schwierigen Situationen die eigenen Reihen zu schließen und Abweichler hinter sich zu zwingen, wurde die Vertrauensfrage in drei der fünf Fälle als Vehikel genutzt, um durch eine willentliche Niederlage eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen zu erreichen – so, wie es jetzt auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für Anfang kommenden Jahres anstrebt.

#### Unter Kanzler Willy Brandt hatten beide Instrumente 1972 Premiere

Den Anfang machte 1972 sein damaliger Amtsvorgänger Willy Brandt (SPD), der noch im April den Versuch der CDU/CSU überstanden hatte, ihn per konstruktivem Misstrauensvotum zu stürzen und Unions-Fraktionschef Rainer Barzel (CDU) zu seinem Nachfolger zu wählen. Für den Misstrauensantrag stimmten damals 247 Abgeordnete; erforderlich gewesen wären 249. Zwei Stimmen fehlten Barzel also, Brandt blieb Kanzler. Später gab der CDU-Mann Julius Steiner an, er habe für Brandt gestimmt und dafür 50.000 D-Mark vom Parlamentarischen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand erhalten – was dieser bestritt. In den 1990er Jahren dann enthüllte Ex-DDR-Spionagechef Markus Wolf, dass Steiner 50.000 D-Mark von der Stasi erhalten hatte – über deren Kanzleramtsspion Günter Guillaume dann Willy Brandt 1974 stürzte. Erst in diesem Jahrhundert schließlich erhärtete sich der Verdacht, dass auch der seinerzeitige CSU-Abgeordnete Leo Wagner von der Stasi bestochen worden war.

Dem ersten Versuch eines konstruktiven Misstrauensvotums sollte im Parlament schon bald die erste Vertrauensfrage folgen. Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum lehnte der Bundestag Brandts Etat mit 247 zu 247 Stimmen ab: ein Patt zwischen Koalition und Opposition. Als Brandt am 20. September 1972 im Bundestag seine Vertrauensfrage begründete, räumte er ein, dass der Artikel 68 „an sich anderen verfassungspolitischen Zielen dienen“ sollte. Dennoch habe er diesen Weg gewählt, weil das Grundgesetz „weder die Selbstauflösung des Parlaments noch die Auflösung durch die Regierung kennt“. Zwei Tage später fand sein Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, wie gewünscht keine Mehrheit – Brandt hatte angekündigt, dass seine Minister nicht an der Abstimmung teilnehmen. Die Neuwahl bescherte der SPD ihr bislang bestes Wahlergebnis und Brandts zweite Kanzlerschaft.



Das rot-grüne Kabinett hat sich zu Beginn der Bundestagssitzung von 1. Juli 2025 erhoben, in der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD, erste Reihe rechts) seine zweite Vertrauensfrage wie beabsichtigt verlor. Nach der damit angestrebten Neuwahl des Bundestages wurde er von Angela Merkel (CDU) im Amt des Regierungschefs abgelöst.

© picture-alliance/dpa | Wolfgang Kumm

Hatten sowohl Misstrauensvotum wie Vertrauensfrage 1972 ihre Premiere, kam es 1982 gleich drei Mal zu ihrer Anwendung. Der – auch innerparteiliche – Streit um den von Brandt-Nachfolger Helmut Schmidt (SPD) initiierten Nato-Doppelbeschluss sowie um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ließ die sozialliberale Koalition zunehmend erodieren. Daher stellte der Kanzler die Vertrauensfrage, um, wie er im Bundestag am 5. Februar 1982 sagte, „ein Signal der Klarheit zu geben“. Mit Erfolg, wie es schien: Alle Koalitionsabgeordneten sprachen ihm ihr Vertrauen aus.

Die Koalition war trotzdem am Ende. Am 17. September traten die vier FDP-Minister zurück, am 20. September einigten sich die Spitzen von Union und FDP, Schmidt am 1. Oktober per konstruktivem Misstrauensvotum durch CDU-Chef Helmut Kohl zu ersetzen und Neuwahlen am 6. März 1983 anzustreben. Durch die FDP ging ein tiefer Riss: Bei einer Probeabstimmung votierten 34 ihrer Abgeordneten für und 18 gegen Kohl. Im Bundestag warf Schmidt der FDP-Spitze einen „Vertrauensbruch“ vor und die Liberale Hildegard Hamm-Brücher warnte, dass „der Weg über das Misstrauensvotum zwar neue Mehrheiten, aber kein neues Vertrauen in diese Mehrheiten schafft“. Am Ende stimmten 256 von 495 Abgeordneten für den Antrag von Union und FDP: Kohl war Kanzler.

#### Karlsruhe wies Vorstöße gegen die Auflösung des Parlaments zurück

Er bekräftigte in seiner Regierungserklärung Mitte Oktober 1982, dass es im kommenden März Neuwahlen geben sollte, und stellte zwei Monate danach die Vertrauensfrage mit dem Ziel der absichtlichen Niederlage und Auflösung des Bundestages. Nachdem die neue Koalition „das Dringendste getan“ habe, sei es „geboten, sich dem Votum des Wählers zu stellen“, argumentierte er am 17. Dezember in der Debatte über die Vertrauensfrage und zeigte sich überzeugt, dass der von ihm „eingeschlagene Weg im Einklang mit dem Grundgesetz steht“. Das sahen nicht alle so. Zwar „verlor“ Kohl die Vertrauensfrage und Bundespräsident Karl Carstens folgte seinem Vorschlag, den Bundestag neu zu wählen, doch landete die Sache beim Bundesverfas-

sungsgericht. Gegen Carstens' Anordnungen gab es eine Verfassungsbeschwerde, Abgeordnete reichten Organklage ein, doch die Richter wiesen diese Vorstöße zurück. Am 6. März 1983 bestätigten die Wähler Kohls Koalition.

Nach seiner 16-jährigen Kanzlerschaft kam 1998 Rot-Grün mit Gerhard Schröder (SPD) als Regierungschef. Der stellte seine Koalition 2001 vor eine Zerreißprobe, als er nach den Anschlägen vom 11. September die Abstimmung über den Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mit der Vertrauensfrage verband. Er wollte so eine eigene Mehrheit für den von der Opposition befürworteten, in der Koalition selbst aber heftig umstrittenen Einsatz erzwingen. Zuvor hatten bereits acht Grünen-Abgeordnete den Einsatz abgelehnt, auch von Neinsagern der SPD war zu lesen, andere legten sich nicht fest. Durch die Verknüpfung mit der Vertrauensfrage ging es nun aber auch um den Bestand der rot-grünen Bundesregierung. 341 Stim-

men hatte die Koalition; um ihr Ende abzuwenden, mussten mindestens 334 zustimmen – ein enormer Druck auf jene, die Rot-Grün wollten, aber nicht den Einsatz. Einen Tag vor der Abstimmung am 16. November trat Christa Lörcher aus der SPD-Fraktion aus, eine der Neinsagerinnen. Schließlich rettete eine Absprache der acht Grünen die Koalition: Vier stimmten mit Nein, vier mit Ja. 336 Stimmen bekam Schröder so zusammen, und FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt lästerte in der Aussprache, wie folgsam die Grünen nach Anwendung dieses „pädagogischen Rohrstocks“ seien.

#### Anders als Brandt und Kohl verlor Schröder die angestrebte Neuwahl

Am Ende besiegelte dann doch eine Vertrauensfrage – die bislang letzte – das Aus für Rot-Grün. Als nach den Hartz-IV-Reformen im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen auch die damals letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt wurde, ließ Schröder

verkünden, vorzeitige Bundestagswahlen anzustreben. Dazu folgte er dem Beispiel von Brandt und Kohl und stellte die Vertrauensfrage mit der erklärten Absicht, keine Mehrheit zu erhalten – eine „fingierte“ Vertrauensfrage, schimpfte Werner Schulz (Grüne) in der Aussprache am 1. Juli. Zwar hätten die Grünen, wie ihr Außenamtschef Joschka Fischer deutlich machte, die Wahlperiode gerne bis zum regulären Ende 2006 fortgeführt, doch enthielten sich letztlich 148 Koalitionsabgeordnete bei der Abstimmung, und auf Schröders Vorschlag hin löste Bundespräsident Horst Köhler den Bundestag auf. Eine Organklage von Schulz und der SPD-Abgeordneten Jelena Hoffmann scheiterte vor dem Verfassungsgericht, Schröder dagegen bei der vorgezogenen Bundestagswahl vom 18. September 2005, die die Union knapp vor der SPD gewann und mit den Sozialdemokraten eine Große Koalition bildete – mit Angela Merkel (CDU) als neuer Kanzlerin.

Helmut Stoltenberg

### FÜNF FRAGEN AN STAATSRICHTER PHILIPP AUSTERMANN

## »Bundestag wäre auch nach Auflösung arbeitsfähig«

**Der Bundestag steht vor einer Vertrauensfrage. Welche Auswirkungen hat denn die Ankündigung des Bundeskanzlers auf die Arbeitsfähigkeit des Bundestages?**

Gar keine. Selbst nach einer gescheiterten Vertrauensfrage oder gar einer Auflösung des Bundestages wäre dieser noch arbeitsfähig. Die Auflösung durch den Bundespräsidenten hat lediglich die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch vorgezogene Neuwahlen zur Konsequenz. Es gibt seit 1976 aus guten Gründen keine „parlamentslose“ Zeit mehr. Die Wahlperiode des alten Bundestages endet erst mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Dringende Gesetzgebung ist somit jederzeit und immer möglich. Das gilt auch für den Haushalt.

**Und welche Auswirkung hat eine verlorene Vertrauensfrage auf die Arbeit einer Bundesregierung?**



Philipp Austermann

© Privat

Die Regierung bleibt im Amt, bis sich der neue Bundestag konstituiert. Danach ist sie geschäftsführend im Amt, bis zur Wahl eines Kanzlers. Es gibt auch keine „regierungslose“ Zeit.

**Das heißt, die Bundesregierung kann auch nach einer verlorenen**

**Vertrauensfrage noch Gesetzentwürfe beschließen und der Bundestag könnte die auch danach noch beraten und beschließen?**  
Genau.

**Eine noch ausstehende dringende Gesetzgebungsarbeit hindert den Bundeskanzler nicht, die Vertrauensfrage früher als im Januar zu stellen?**

Verfassungsrechtlich ist das jedenfalls kein Grund.

**Könnte es einen politischen Grund geben, die Vertrauensfrage erst im Januar zu stellen?**

Da kann ich nur spekulieren. Offenbar gibt es noch „Herzensanliegen“, die der Kanzler beziehungsweise SPD und Grüne jedenfalls zur Abstimmung stellen wollen, um sich für den Wahlkampf zu positionieren.

Das Gespräch führte Christian Zentner

# GASTKOMMENTARE: VERTRAUENSFRAGE ERST IM JANUAR?

## Ein wenig Beruhigung wäre gut

### PRO



Kerstin Münstermann © Marco Urban

Die Ampel-Koalition ist Geschichte, gescheitert an menschlich und politisch unvereinbaren Positionen und Charakteren. Wie geht es nun im Land weiter? Nach dem Bruch wird jetzt groß über den Zeitpunkt der Vertrauensfrage diskutiert. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte angekündigt, er wolle die Vertrauensfrage im Bundestag am 15. Januar stellen und dann eine vorgezogene Bundestagswahl Ende März herbeiführen. Er setzt auf Zeit und hofft darauf, dass etliche Projekte im Parlament am Ende doch die Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion finden. Dies könnte etwa beim Gesetz für verschärfte Auflagen für die kritische Infrastruktur oder bei der Abmilderung der kalten Progression in der Einkommensteuer sowie bei diversen Gesetzentwürfen aus dem für Unternehmen wichtigen Wachstumspaket der Fall sein. Die Industrie wartet darauf. Die Union und ihr Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) wiederum wollen verständlicherweise das in der Politik so wichtige Momentum für sich nutzen. Tritt man aber einen Schritt zurück, so ist eine gewisse Zeit der Beruhigung mit einem inhaltlichen Wahlkampf auch angesichts der hohen Umfragewerte der AfD sicher kein Fehler.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach den ganzen Turbulenzen ein Recht darauf, zu erfahren, mit welchen Konzepten die Parteien das Land künftig führen wollen. Auch braucht es Zeit für Formate, in denen sich die Kanzlerkandidaten untereinander messen. Laut Verfassung gibt es ohnedies keine Möglichkeit der Opposition, eine Vertrauensfrage des Kanzlers zu erzwingen. Olaf Scholz wird sich dem Druck nicht beugen wollen, und das muss er laut Grundgesetz auch nicht. Und die Verfassung weist den Weg – auch in politisch hochturbulenten Zeiten.

Kerstin Münstermann

Die Autorin ist Mitglied der Chefredaktion der „Rheinischen Post“.

## Monatelanger Stillstand wäre fatal

### CONTRA



Martin Ferber © Rake Horn/BNN

Überspitzt formuliert, ist Bundeskanzler Olaf Scholz seit Mittwochabend der deutsche König Johann Ohneland. Zwar steht er weiterhin der Bundesregierung vor, doch im Bundestag haben SPD und Grüne keine Mehrheit. Nicht im Plenum und auch nicht in den Ausschüssen. Dennoch will Scholz noch fast zwei Monate weiter regieren, als sei nichts geschehen. Er hofft sogar, bis zum Jahresende einige Gesetzesvorhaben, die aus seiner Sicht „keinen Aufschub dulden“, durchs Parlament zu bringen, darunter so wichtige Projekte wie die Rentenreform, den Ausgleich der kalten Progression oder Sofortmaßnahmen für die Industrie. Nur, wer sollte diesen Gesetzen noch zustimmen? Warum sollten die Oppositionsparteien einer Regierung, die am Ende ist, zu einer Mehrheit verhelfen? Scholz schießt auf die Union, doch Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz hat keinen Grund, ihn noch zu stützen. Er will Scholz ablösen und selbst Kanzler werden. Mit seinem Zeitplan verursacht Scholz einen monatelangen Stillstand, den sich das Land angesichts der angespannten wirtschaftlichen wie internationalen Situation nicht leisten kann. Auch wenn die Zeit für die Wahlvorbereitung extrem knapp ist, gibt es keinen Grund, erst am 15. Januar die Vertrauensfrage zu stellen und

Ende März zu wählen. Je nach Wahlausgang gäbe es dann frühestens im Sommer eine neue Regierung, die erst ab Herbst im Arbeitsmodus ist. Das wäre fatal. Die Welt wartet nicht, bis es in Berlin eine handlungsfähige Regierung gibt. Im Kreml knallen die Sektkorken. Olaf Scholz hat in seinem Amtseid versprochen, sich dem Wohle des Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden. Er könnte dem Land einen großen Dienst erweisen, wenn er sofort die Vertrauensfrage stellt und ohne weitere Verzögerungen den Weg für Neuwahlen freimacht. Deutschland braucht jetzt eine klare Perspektive, keine Hängepartie.

Der Autor ist politischer Redakteur der „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Karlsruhe.

## DAS PARLAMENT

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion** (außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 2 4

**Internet:** <http://www.das-parlament.de>  
**E-Mail:** [redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur:** Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Alexander Heinrich (ahe)

**Redaktion:** Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

**Fotos:** Stephan Roters

**Redaktionsschluss:** 8. November 2024

**Layout:** DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Leserservice/Abonnement:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: [fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [fazit-com-anzeigen@cover-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@cover-services.de)

**Abonnement:**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IWW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Wir vermeiden CO<sub>2</sub>, durch den Versand mit der Deutschen Post

## LESERPOST

**Zur Ausgabe 40-41 vom 28.9.2024, „Neues Druckmittel“ auf Seite 9:**  
Gut, dass Sie sich auch mit der Situation in Thüringen nach der Landtagswahl beschäftigen! Der parlamentarische Geschäftsführer Andreas Bühl von der CDU hat sich sicherlich um die Demokratie verdient gemacht, weil er auf die formalen Verstöße bei der Eröffnung des Landtages in Erfurt angemessen reagierte.

Stefan Hilse, Wiesbaden

**Zur Ausgabe 43-44 vom 19.10.2024, „Auf Kurs mit DGB und SPD“ auf Seite 11:**

Vor kurzem las ich ein Interview mit Tim Krebs in der „Zeit“. Ich fühlte

mich mit vielen seinen Schlussfolgerungen verbunden, fand aber auch, dass sein Duktus stellenweise nicht ganz angemessen ist. Genau das bescheinigt der Autor der Rezension, Stephan Balling, wenn er schreibt, dass Krebs' Buch am Rande zum Pamphlet sei. Das er das mit „äußerst schade“ kommentiert, ist elegant zutreffend formuliert. Denn dass Krebs auf zentrale Punkte hinweist, steht für mich ebenso außer Frage. Immerhin: Wie man eine Botschaft rüberbringt entscheidet schon darüber, ob die „andere“ Seite dichtet macht oder offen dafür ist. Ich habe in Erinnerung, dass Scholz – als er noch Finanzminister war – sich mit den richtigen Beratern (sprich Öko-

nomen) umgeben hatte. Dass es heute eher marktliberale Ökonomen sind, hängt sicher damit zusammen, dass das Finanzministerium nun von einem FDP-Repräsentanten geleitet wird. Mein Fazit ist: Scholz wäre viel besser Finanzminister geblieben und hätte das Kanzleramt jemandem überlassen, der nicht ähnlich merkelig agiert wie er selbst. Wenn man bedenkt, dass gerade Merkel Zielscheibe von rechtsaußen war, wundert es nicht, dass die AfD auch wegen des Scholz-Stils gewachsen ist. Das würde ich als weiterer Faktor benennen, neben dem Faktor Energiepreise, die Krebs nennt.

Rob Maris, Kreuzau

## SEITENBLICKE



## AUFGEKEHRT

### Denk ich an Deutschland...

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ So dichtete Heinrich Heine im Jahr 1844 in seinen „Nachtgedanken“. 180 Jahre später findet auch der deutsche Michel keine Nachtruhe – und die deutsche Michaela auch nicht. Erst schlagen sie sich die Nacht vor dem Fernseher um die Ohren, um live zu verfolgen, dass im fernen Washington bald erneut Donald Trump die Geschicke der freien Welt lenken wird, oder sie wälzen sich schweißgebadet von einer Seite des Betts auf die andere vor Sorge, ob der verrückte Ami sie wohl auch zukünftig verteidigen wird gegen den bösen Russen oder ob er lieber den taumelnden deutschen Autobauern mit Strafzöllen den Rest geben wird. Als Michel und Michaela tagsdrauf am Abend müde in die Kissen sinken und sich die Schlafmütze über Augen und Ohren ziehen möchten angesichts all des Elends, da fiepzt und blinkt ihr Smartphone wie eine defekte Ampel, weil eben jene gerade den Geist aufgeben und der Kanzler seinen Finanzminister an die frische Luft gesetzt hat. An Schlaf ist da wieder nicht zu denken. Schlafmangel aber, so wissen es die Mediziner, ist eine höchst gefährliche Angelegenheit. Die kognitive Leistungsfähigkeit nimmt rapide ab, es kommt zu Konzentrationsschwierigkeiten und Gedächtnisproblemen. Zudem leidet die emotionale Gesundheit: Stimmungsschwankungen, Reizbarkeit und erhöhte Sensibilität sind die Folgen. Das konnten Michel und Michaela bei ihrem Nach-Kanzler und Ex-Finanzminister sehen und hören. Vielleicht lässt ja die Lektüre von Heinrich Heines „Nachtgedanken“ Michel und Michaela wieder friedlich schlummern. Wie dichtete er noch gleich? „Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land; mit seinen Eichen, seinen Linden, werd ich es immer wiederfinden.“

Alexander Weinlein



EP-Abgeordnete befragen Dubravka Suica aus Kroatien, designierte EU-Kommissarin für den Mittelmeerraum.

© European Union 2024/Alexis Haulot

## EU-Kommissare auf dem Prüfstand

# »Schlüsselmoment«

Mit den Anhörungen vor dem Europäischen Parlament hat die Feuerprobe für das neue Team von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begonnen

Fünf Monate nach der Europawahl steht das Europäische Parlament vor einer der wichtigsten Aufgaben der Legislaturperiode: Die Abgeordneten müssen die 26 designierten EU-Kommissare in einem aufwendigen Verfahren auf Herz und Nieren überprüfen, bei Bedenken die Berufung neuer Kandidaten durchsetzen und am Ende die gesamte Kommission mit ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU) bestätigen. Erst dann kann das Team an der Spitze der EU-Behörde seine fünfjährige Amtszeit beginnen. Höhepunkt der Prozedur sind die öffentlichen Anhörungen aller Kommissars-Kandidaten vom 4. bis zum 12. November.

### EU-Kommission kommt mit Verspätung ins Amt

Von einem „Schlüsselmoment“ seiner Arbeit spricht das Parlament, mit gewisser Nervosität sieht dagegen von der Leyen der Sache entgegen: Schon jetzt ist klar, dass die neue EU-Kommission mit Verspätung frühestens am 1. Dezember starten kann, vielleicht auch erst Anfang 2025 – denn das Parlament nimmt seine Befugnisse zur Sicherstellung von Transparenz und Rechenschaftspflicht seit einigen Jahren sehr ernst.

Dabei kommen die Abgeordneten erst relativ spät überhaupt wieder ins Spiel, nachdem sie im Juli die Kommissionspräsidentin für eine zweite Amtsperiode gewählt haben. In der Zwischenzeit mussten die Mitgliedstaaten, von denen jeder Anspruch auf jeweils einen Posten im Kollegium der Kommission hat, ihre Kandidaten benennen; nur Deutschland nicht, denn es stellt ja bereits die Präsidentin. Von der Leyen setzte danach noch einige Neunominierungen durch, um den auffallend niedrigen

Frauenanteil zu erhöhen, und legte anschließend einen Vorschlag für die Aufgabenbereiche der 26 Kommissarinnen und Kommissare fest. Die Bewerber mussten im nächsten Schritt eine finanzielle Interessenerklärung abgeben. Seitdem liegt der Ball wieder beim Parlament. Zunächst überprüfte der Rechtsausschuss die Interessenerklärungen, in denen die Kommissionsmitglieder in spe ihre Vermögenswerte deklarieren müssen und Angaben etwa zu Beschäftigungen der vergangenen zehn Jahre oder Unternehmensbeteiligungen zu machen hatten. So sollen mögliche Interessenkonflikte erkannt werden, damit nicht zum Beispiel ein künftiger

wegen vermuteter Interessenkonflikte, mal aus inhaltlichen Gründen. In dieser Woche fanden 19 Anhörungen statt (siehe Text rechte Seite). Alle Anwärter werden von den Mitgliedern der jeweiligen Fachausschüsse im EU-Parlament jeweils drei Stunden lang befragt.

### Schlussabstimmung Ende November im EU-Parlament

Sie benötigen im ersten Wahlgang eine Zweidrittelmehrheit. Erreichen sie diese nicht, müssen sie zusätzliche Fragen beantworten. Danach reicht eine einfache Mehrheit aus. Erhält ein Kandidat keine positive Bewertung, kann der nominierende Mitgliedstaat die Benennung zurückziehen und einen neuen Kandidaten ins Rennen schicken, der anschließend das komplette Nominierungsverfahren durchlaufen muss, was für mehrwöchige Verzögerungen sorgen kann. Erst dann ist die Anhörung beendet.

Im großen Finale stellt die Kommissionspräsidentin im Parlament das neue Kollegium und das Programm der Kommission vor, nach einer Aussprache folgt die Schlussabstimmung: Die Zustimmung zur Kommission ist erteilt, wenn in namentlicher Abstimmung die Mehrheit abgegebener Stimmen erreicht wird. Geplant ist dieses Votum derzeit für die Plenartagung vom 25. bis zum 28. November, womöglich muss es aber auf Dezember verschoben werden. Das letzte Wort haben die Abgeordneten allerdings nicht. Die offizielle Ernennung der Kommission obliegt im Anschluss dem Europäischen Rat der Mitgliedstaaten – aber das ist, anders als das Parlamentsverfahren, nur noch Formsache. *Christian Kerl*

Der Autor ist EU-Korrespondent der Funke Mediengruppe

### » Das Verfahren ist mangelhaft.

NINA KATZEMICH, LOBBYCONTROL

Energiekommissar Anteilseigner eines Gaskonzerns ist. Kritiker beklagen, die Vorgaben seien zu lasch, denn die Kandidaten haben einen Ermessensspielraum, wie sie die Fragen beantworten – einige meldeten den exakten Kontostand und die präzise Quadratmeterzahl ihrer Wohnung, andere teilten anfangs so gut wie gar nichts mit. Die EU-Expertin der Organisation Lobbycontrol, Nina Katzemich, sagt: „Das Verfahren ist mangelhaft. Weder fand ein seriöses Prüfverfahren statt, noch gab es ein unabhängiges externes Beratungsgremium.“ So könne das EU-Parlament nicht für eine integre Kommission sorgen.

Klar ist: Seit 2004 hat das Parlament nach jedes Mal einen oder mehrere Kandidaten durchfallen lassen – mal

## Anhörung der künftigen EU-Kommissare

# Vorbehalte gegen einzelne Kandidaten

Erste Komplikationen bei Anhörungen im EU-Parlament

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen muss weiter bangen. Wird ihre Kommission wie geplant in der letzten Novemberwoche vom EU-Parlament bestätigt, damit das neue Spitzenteam aus 26 Kommissaren und der Präsidentin am 1. Dezember starten kann? Noch ist nicht sicher, ob alle Kandidaten die Anhörung im Parlament bestehen – oder ob einzelne Mitgliedsstaaten ihren nominieren Bewerber zurückziehen und einen Ersatzkandidaten benennen müssen, was das Verfahren gefährlich in die Länge ziehen könnte. In den Befragungen, die am 4. November begannen, konnte sich zwar in den ersten Tagen ein gutes Dutzend Kommissars-Anwärter positive Empfehlungen abholen – in teils routinieren, teils auch sehr emotionalen Sitzungen. Doch Mitte der Woche zeichnete sich mit dem Auftritt des Ungarns Olivér Várhelyi die erste Komplikation ab.

### Kandidat Olivér Várhelyi muss in weitere Befragungsrunde

Der bisherige Erweiterungskommissar, der nun das Ressort für Gesundheit und Tierschutz übernehmen soll, bestand die Prüfung in den Fachausschüssen zunächst nicht, er wird nun schriftlich befragt und muss sich dann einer weiteren Anhörungsrunde stellen. Überraschend kommt das nicht. Várhelyi, ein Vertrauter des in Brüssel weithin unbeliebten ungarischen Premiers Viktor Orban, hatte es sich in seiner bisherigen Amtszeit mit dem Parlament verschert: Er beschimpfte die Abgeordneten einmal als „Idioten“, als er irrtümlich glaubte, die Mikrofone seien abgeschaltet. Seine Arbeit als Erweiterungskommissar wurde beanstandet, weil er der Aufgabe, die Regierungen der Beitrittskandidaten auch zu Rechtsstaatsreformen anzutreiben, grob vernachlässigt haben soll. In der Anhörung versprach Várhelyi zwar, sich für die Verbesserung der Gesundheit der EU-Bürger einzusetzen – doch fühlten ihm die Kritiker auch mit Fragen etwa zu Frauenrechten oder seinen Verbindungen zu Orban auf den Nerv. Er habe den Erwartungen nicht entsprochen, tadelte danach etwa die liberale Renew-Fraktion. Die Koordinatorin im Gesundheitsausschuss, Sara Matthieu (Grüne), sagte: „Er hat uns nicht überzeugt“. Dass Várhelyi das Verfahren in der zweiten Runde übersteht, galt nach der Sitzung als unwahrscheinlich. Orban müsste ge-

gebenfalls einen neuen Kandidaten nominieren.

Jenseits solcher auch parteipolitisch geprägten Konflikte spiegeln sich in den Anhörungen große politische Herausforderungen: Der designierte Verteidigungskommissar Andrius Kubilius etwa beeindruckte mit seiner Forderung nach deutlich höheren Investitionen in die Sicherheit Europas. Nach Geheimdienstkenntnissen könnte „Russland die Entschlossenheit der EU oder der Nato bis zum Ende des Jahrzehnts testen“, warnte der Litauer. Der designierte Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas kündigte überraschend eine Quote für Elektroautos bei der künftigen Beschaffung von Firmenwagen an. Bei der Anhörung des künftigen Landwirtschafts-Kommissars Christophe Hansen wurde es einen Moment ganz still. Auf die hohe Zahl der Selbstmorde unter Bauern angesprochen, erzählte der Luxemburger von seinem Bruder, der den Familienbauernhof übernahm und über Jahrzehnte endlose Arbeitszeiten, Übermüdung, Unsicherheit und zu viele bürokratische Vorschriften zu ertragen hatte. Letztes Jahr starb er mit 55 Jahren nach einem Treppensturz. „Es gibt so viele andere, die Unfälle erleiden, weil sie nicht schlafen können, weil sie nicht einen Moment zur Ruhe kommen“, sagte Hansen, die Abgeordneten waren beeindruckt.

### Anhörung Raffaele Fittos wird mit großer Spannung erwartet

Mit Spannung erwartet wird die Prüfung des Kandidaten Raffaele Fitto am 12. November, der die Verantwortung für die mit Milliarden-Fördergeldern verbundene Kohäsionspolitik und für Strukturformen übernehmen soll. Fitto, Minister in der Regierung von Giorgia Meloni und Mitglied ihrer rechtspopulistischen Partei Fratelli d'Italia, trifft auf Vorbehalte bei Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken. Sie stören sich vor allem daran, dass Fitto gleich das Amt eines Vizepräsidenten erhalten soll. Das ist heikel, denn als Revanche drohen auch der Sozialdemokratin Teresa Ribera aus Spanien, die als Vizepräsidentin den Green Deal umsetzen soll, Probleme: Sie sieht sich nach der Flutkatastrophe in Spanien Vorwürfen ausgesetzt, als Ministerin für das schlechte Flutmanagement verantwortlich zu sein. *Christian Kerl*

Der Autor ist EU-Korrespondent der Funke Mediengruppe



Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, stellte während einer Pressekonferenz ihre neue Kommission vor.

© picture-alliance/dpa/P. Hillipp von Dittfurth



Mehrheit der Wähler erreicht

# Trumps Triumph

Mit überraschend deutlichem Vorsprung gewinnt der Republikaner Donald Trump die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten. Damit kann der Ex-Präsident nach 2016 zum zweiten Mal ins Weiße Haus einziehen. Für seine Kontrahentin, die Demokratin Kamala Harris, ist das Wahlergebnis eine herbe Niederlage: Sie hatte sich Hoffnungen gemacht, die erste Präsidentin in der Geschichte der USA zu werden

An der ehrwürdigen Howard-Universität in Washington warteten die Anhänger von Kamala Harris in der Nacht zu Mittwoch vergeblich auf ihren Star. Anders als angekündigt, erschien die demokratische Präsidentschaftskandidatin nicht auf dem Campus ihrer ehemaligen Alma Mater.

Der 60-jährigen Demokratin war die Feierlaune gründlich vergangen, als sich abzeichnete, dass Donald Trump ihr den größten Triumph ihres Lebens versagen würde: den Aufstieg zur ersten Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika. Harris holte den Besuch der berühmten, von Afro-Amerikanern besuchten Hochschule - die preisgekrönte Schriftstellerinnen wie Toni Morrison oder Verfassungsrichter wie Thurgood Marshall hervorbrachte - und an der sie 1986 ihren Bachelorabschluss gemacht hatte, am Mittwochnachmittag nach. Ihre „Concession“-Rede, in der sie ihre Niederlage eingestand, war ein Anruf bei „President-elect“ Donald Trump vorausgegangen, in dem die Kalifornierin dem Republikaner eine glückliche Hand wünschte.

**Harris gesteht Niederlage ein, zeigt sich aber kämpferisch**

Harris ging vor Hunderten Anhängern, die teils deprimiert und fassungslos wirkten, in ihrer Rede in die Vollen: „Ich gebe den Verlust dieser Wahl zwar zu, aber nicht den Kampf auf, der diese Kampagne befeuert hat“, sagte sie mit kräftiger Stimme. „Das Licht der amerikanischen Verheißung wird immer hell strahlen, solange wir nie aufgeben und solange wir weiterkämpfen“, ließ die amtierende Vizepräsidentin all jene wissen, die jetzt tief enttäuscht seien. Manchmal brauche

der Kampf Zeit. „Das heißt nicht, dass wir nicht gewinnen. Gebt nie auf. Ihr habt die Kraft. Verzweifelt nicht, krepelt die Ärmel hoch. Bleibt engagiert im Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit.“

Mit keiner Silbe der Selbstkritik ging Harris auf die Niederlage ein. War ihr Wahlkampf thematisch falsch gewichtet? Hat sie sich von Amtsinhaber Joe Biden nicht deutlich genug distanziert? Harris gab keinen Einblick in ihr Seelenleben. Aber sie betonte indirekt den Unterschied zu Trump. Sie habe ihm gratuliert und versichert, dass sie und die Demokraten eine friedliche Machtübergabe gewährleisten werden. „Das unterscheidet uns von der Tyrannei. Wir schulden der Verfassung Loyalität.“

Dass Trump vor vier Jahren nach seiner Niederlage gegen Joe Biden die amerikanische Demokratie an den Rand einer Zerreißprobe geführt hatte, musste sie nicht eigens ausführen. Mit Blick auf die düsteren Ankündigungen Trumps, der Oppositionellen Vergeltung androht hat, sagte Harris: „Ich weiß, dass viele Menschen das Gefühl haben, dass wir jetzt in eine dunkle Zeit eintreten.“ Doch nur in der Dunkelheit seien Sterne zu sehen. Nun sei es an Amerika selbst, den Himmel mit Sternen zu füllen.

Bis die Demokraten die krachende Niederlage - auch der Senat fiel an die Republikaner - analysiert und verdaut haben, „werden Monate vergehen“, sagen Parteigänger. Wie es dem vorbestraften New Yorker Geschäftsmann gelingen konnte, die Swing States North Carolina, Pennsylvania, Georgia, Wisconsin und Michigan für sich zu entscheiden und so auf vorläufige Zahl von 295 Stimmen im 538-köpfigen Wahlmänner-Gremium zu kommen, das am 17. Dezember den Präsidenten bestimmt, „ist ein Rätsel, an dem wir noch lange knacken werden“.

Trump holte bei der „Popular Vote“ auch noch vier Millionen Stimmen mehr als Harris, die 226 Wahlmännerstimmen errang. Zum Vergleich: Bei seinem ersten Wahlsieg 2016 sammelte seine damalige Gegnerin Hillary Clinton knapp drei Millionen Stimmen mehr ein als der Republikaner.

Schon die erste Etappe der Wahl Nacht verlief nicht nach dem Geschmack der Demokraten. Ex-Präsident Trump errang nach Schließung der Wahllokale einen Sieg nach dem anderen. Bereits gegen 22 Uhr Ostküstenzeit kam er nach Hochrechnungen auf rund 200 Stimmen im Wahlmännergremium, Seine Konkurrentin lag da schon mit rund 100 Stimmen zurück. Ein Comeback des 78-jährigen im dritten Anlauf zum Weißen Haus nach 2016 und 2020 wurde von TV-Analysten darum schon früh „mit aller gebotenen Vorsicht für realistisch gehalten“. Vier Stunden später war die politische Welt in den USA eine andere. Trump näherte sich der magischen Grenze von 270 Stimmen im „Wahlmännerkollegium“.

Als alles so gut wie klar war, ging

Trump vor die Kameras und verkündete einen „politischen Sieg, wie ihn unser Land noch nie erlebt hat“. Statt verbaler Breitseiten gegen seine Gegner redete Trump fast konziliant: „Es ist an der Zeit, die Spaltungen der vergangenen vier Jahre hinter uns zu lassen. Es ist an der Zeit, dass wir uns vereinen, und das werden wir versuchen“, sagte er vor Anhängern in West Palm Beach, Florida. Da hatte Trump schon Tatsachen auf seiner Seite, die vor wenigen Tagen noch für undenkbar gehalten worden wären.

**Trump erreichte junge Wähler erfolgreich über Tiktok**

Danach stimmten weiße Männer ohne College-Abschluss zu mehr als zwei Dritteln für Trump. Sein Bemühen, jüngere Wähler, vor allem Männer, über Tiktok zu erreichen, zahlte sich ebenfalls aus. Die Annahme, dass Frauen wegen des Skandalthemas Abtreibung in Scharen zu Kamala Harris überlaufen, war verfehlt. 52 Prozent der weißen Frauen entschieden sich für Trump. Die These, dass die weibliche Wählerschaft dem Mann, der

Sätze wie „grab 'em by the pussy“ sagte, die Grenzen aufzeigen wird, hat sich als falsch erwiesen. Nach Hillary Clinton scheiterte mit Kamala Harris zum zweiten Mal eine Frau an Amerikas Männer-Gesellschaft.

Ebenfalls ein Trugschluss war die demokratische Lesart, dass die unter der Regierung von Joe Biden geschaffenen ökonomischen Erfolge der USA nach der Corona-Pandemie - hohes Wachstum, geringe Arbeitslosigkeit - von den Wählern auf breiter Front honoriert würden. Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen sieht anders aus. Vor allem die unverändert hohen Verbraucherpreise erzürnen das Land. Kamala Harris wurde dafür, als Nachfolgerin Bidens, haftbar gemacht. Falsch lagen die Demokraten auch mit der Einschätzung, dass sich Trump nach dem von ihm vom Zaun gebrochenen Sturm aufs Kapitol im Januar 2021 endgültig als Demokratie-inkompatibel erwiesen habe. In Nachwahlbefragungen stellte sich heraus, dass viele Wähler die Vorfälle rund um den von Trump behaupteten Wahlbetrug 2020 als weitaus weniger dramatisch ansahen als die Eliten in Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Das gilt insbesondere für die wachsend wahlentscheidende Gruppe der Latinos. Bei Einwanderern aus lateinamerikanischen Ländern gewann Joe Biden 2020 rund 60 Prozent der Stimmen. Diesmal liefen viele Hispanics, vor allem Männer, zu Trump über, weil sie sich von ihm wirtschaftlichen Erfolg versprechen und mit einer liberal-progressiver Gesellschaftspolitik nichts anfangen können. Dirk Hautkapp

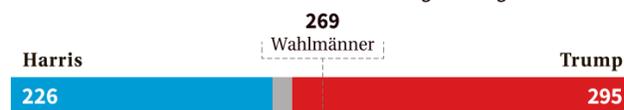
Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe



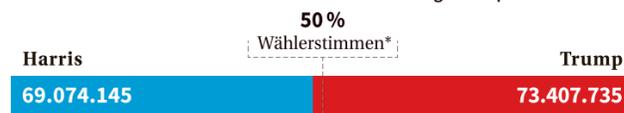
Mit seiner Frau Melania und seinem Sohn Barron lässt sich Donald Trump (li.) noch in der Wahl

## And the Winner is ... Donald Trump!

Mehr als 269 der 538 Wahlmännerstimmen sind nötig zum Sieg:



Auch bei der absoluten Anzahl der Wählerstimmen liegt Trump vorn:



\*bezogen auf die Wählerstimmen für Harris und Trump Quelle: The New York Times Stand: 08. November 2024



...acht von Anhängern in Florida feiern. Auf der Bühne dabei ist auch der designierte US- Vizepräsident J.D. Vance. Die amtierende Vizepräsidentin Kamala Harris (re.) gesteht ihre Niederlage am Mittwoch in Washington ein. © picture-alliance/abaca/TNS/Kyodo

Wahl zum US-Kongress

# Roter Senat, blaues Haus?

Präsident Donald Trump wird womöglich mit geteilten Mehrheiten im Parlament regieren müssen

**D**onald Trump, der künftige 47. US-Präsident, wird nach seiner Amtseinführung am 20. Januar möglicherweise mit geteilten Mehrheiten im Parlament regieren müssen. Nach vorläufigem Auszählungsstand haben sich die Republikaner zwar die führende Rolle im Senat gesichert. Im Repräsentantenhaus ist aber noch nicht ausgemacht, ob die demokratische Fraktion unter Hakeem Jeffries die Mehrheit erobern kann – oder ob die Republikaner unter Mike Johnson weiter das Sagen haben. Die Sitzverteilung ist noch nicht klar. In einigen Bundesstaaten dauert die Auszählung an.

Aber: Es ist nicht ausgeschlossen, dass Trump mit „Grand Old Party“-Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments durchregieren kann. Im Fall einer republikanischen Dreierkombination – Präsident, Senat, Repräsentantenhaus – könnten die Republikaner zwei Jahre lang nahezu ungestört ihre Vorhaben umsetzen: Steuersenkungen, ein striktes Einwanderungsgesetz, die Ausdehnung der Öl- und Gasförderung, sowie Kürzungen bei der Ukrainehilfe.

### Republikaner sichern sich die Macht im Senat

Der Wachwechsel im Senat, wo die Demokraten unter Chuck Schumer eine erwartete Niederlage kassierten, führt momentan zu einer 52:45-Mehrheit für die Konservativen. Bernie Moreno (Ohio), Jim Justice (West Virginia), und Tim Sheehy (Montana) sind bisher die entscheidenden Gewinner. Weil in Pennsylvania, Michigan, Wisconsin und Nevada noch Rennen offen sind, könnten die Republikaner ihre Mehrheit sogar auf 56:44 Stimmen ausbauen. Es wäre der größte Vorsprung seit 100 Jahren. Eine klare Senatsmehrheit würde Trump die Chance eröffnen, sein künftiges Kabinett ohne größere

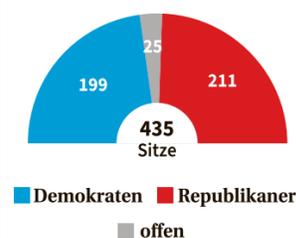
Probleme durch die Anhörungsverfahren zu bringen. Außerdem versetzt das Ergebnis Trump in die Lage, die von ihm initiierte 6:3-Mehrheit der Konservativen am Obersten Gerichtshof bei nächster Gelegenheit – wie dem Tod oder Ausscheiden eines Richters oder einer Richterin – noch weiter zu vergrößern. Der Kampf um das Repräsentantenhaus ist noch unübersichtlich. Am Freitag führten die Republikaner mit 211 gegenüber den Demokraten mit 199 Sitzen. Aber bei rund 25 der insgesamt 435 Rennen waren die Sieger da noch nicht ermittelt.

### Kontrolle im Repräsentantenhaus noch nicht entschieden

Die Demokraten gewannen zwei Sitze im Bundesstaat New York sowie in Louisiana und Alabama hinzu. In Pennsylvania und Michigan aber verloren sie. Ob sich die Abgeordneten Jared Golden (Maine) und Marcy Kaptur (Ohio) halten können, ist noch ungewiss. Mit Hoffen und Bangen blicken beide Parteien auf Kalifornien. Im „Golden State“ gibt es fünf knappe Rennen. Holen die Demokraten hier Siege, haben sie eine Chance auf die Mehrheit. Die Republikaner Michelle Steel, Mike Garcia, Ken Calvert, David

### Das Rennen ums 'House'

Alle 435 Mitglieder wurden neu gewählt. Über 217 Sitze bedeuten die Mehrheit im Repräsentantenhaus:



Quelle: The New York Times Stand: 08. November 2024

vergeben. Das liegt an zementierten Mehrheiten, die auf das von beiden Parteien betriebene „Gerrymandering“ zurückgehen. Damit ist der passgenaue Zuschnitt der Wahlkreise gemeint, in denen demokratische oder republikanische Mehrheiten herrschen.

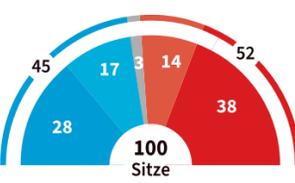
Im Senat standen vor der Wahl 48 Demokraten plus drei Parteunabhängige, die wie etwa der frühere Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders in der Regel mit ihnen stimmen, 49 Republikanern gegenüber. Die demokratische Mehrheit von 51:49 war also ohnehin hauchdünn. Anders als im „House“ wurden nicht alle 100 Senatoren und Senatorinnen neu gewählt, sondern nur 33. Dabei mussten 23 Demokraten ihre Sitze verteidigen, aber nur elf Republikaner.

Der 119. Kongress, der sich am 3. Januar konstituiert, wartet mit einigen Premieren auf: Die gewählten demokratischen Senatorinnen Lisa Blunt Rochester (Delaware) und Angela Alsobrooks (Maryland) werden die ersten beiden schwarzen Frauen sein, die gemeinsam im Senat dienen. Die Abgeordnete Sarah McBride (Delaware) wird das erste offen transsexuelle Kongressmitglied sein. Der demokratische Senator Andy Kim (New Jersey) wird der erste koreanisch-amerikanische Senator sein.

Dirk Hautkapp

### Senat geht an Republikaner

34 der 100 Senatoren wurden am 5. November neu gewählt



Demokraten keine Wahl, Republikaner keine Wahl, neu gewählt, neu gewählt, offen

Quelle: The New York Times Stand: 08. November 2024

## Einblicke in die Umsetzung des DSA

Die Mitte Oktober im Netz hitzig geführte Debatte um den deutschen Digital Services Coordinator (DSC) und die im Digital Services Act (DSA) vorgesehenen „Trusted Flaggers“ (vertrauenswürdige Hinweisgeber), hat nun auch den Bundestag beschäftigt. Im Digitalausschuss äußerten sich am Mittwoch die Bundesnetzagentur (BNetzA) und das Bundeskriminalamt zur Umsetzung des DSA.

Vertrauenswürdige Hinweisgeber, sollen den Plattformkonzernen illegale Inhalte im Netz zur beschleunigten Prüfung melden. Kritiker haben Zweifel an diesem Konzept und werfen der Bundesregierung vor, mit dem DSC eine „Zensurbehörde“ geschaffen zu haben, um die Meinungsfreiheit im Netz einzuschränken.

Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur und kommissarischer DSC, versicherte auf Nachfrage der Abgeordneten, dass seine Behörde keine Anordnungen für Löschungen erteile und unabhängig vom Bundeswirtschaftsministerium agiere. In Deutschland sei die baden-württembergische Meldestelle „Respect!“ die erste Organisation, die von der BNetzA als „Trusted Flagger“ zugelassen wurde. Aktuell bearbeite man 22 Anträge, berichtete Müller. Die BNetzA konzentrierte sich derzeit auf die Vernetzung mit anderen DSC in der Europäischen Union, um eine einheitliche Auslegung und Umsetzung zu erreichen, sagte Müller weiter. Die Koordinierungsstelle unterstütze zudem die EU-Kommission etwa beim Thema Integrität und Schutz von Wahlen. Dies geschehe mit 15 Stellen und ohne besetzte Leitungsposition.

Für das BKA, das Verdachtsmeldungen auf Straftaten von Hostingdiensteanbietern entgegennimmt, berichtete Sandro Dicker. Zwischen August 2023 und Ende Oktober 2024 seien 1.357 Meldungen übermittelt worden, 88 davon stammten von sehr großen Diensteanbietern, die Mehrheit, nämlich 1.269, von kleinen und mittleren Anbietern. Der Großteil beziehe sich auf sexualisierte Gewalt gegen Minderjährige, gefolgt von Delikten der Hasskriminalität. Bei 308 Meldungen habe kein strafbares Verhalten festgestellt werden können. Die Meldezahlen seien gemessen an den Prognosen „verhältnismäßig gering“, sagte Dicker. Ein Grund könne in der mangelnden Bekanntheit des DSA liegen. Hilfreich wäre eine Konkretisierung bei den Straftatbeständen unter Artikel 18 DSA nach deutschem Recht, hieß es. *Lisa Brüllsler*



CSU-Politiker Horst Seehofer war Bundesminister des Innern, als die Bundeswehr 2021 Afghanistan verließ. Zwischen seinem Ministerium und dem Auswärtigen Amt gab es damals Meinungsverschiedenheiten zur Erteilung von Visa für afghanische Ortskräfte.

© picture alliance/dpa/ Wolfgang Kumm

### Afghanistan-Untersuchungsausschuss

# »Ich kann in den Spiegel schauen«

Ex-Innenminister Horst Seehofer verteidigt seine Entscheidungen zum Visa-Verfahren für Ortskräfte

Als am vergangenen Donnerstag der 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan zu seiner 91. Sitzung zusammenkommt, steht eher die politische Krise in Berlin im Raum als das Thema Afghanistan selbst. Sogar der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), der als Zeuge zum Thema Afghanistan befragt wird, spielt gelegentlich auf die Krise an. In einer Pause geht er auf eine FDP-Abgeordnete zu und erklärt, die Demokraten müssten jetzt zusammenhalten.

#### Die Erfahrungen der Flüchtlingskrise 2015 vor Augen

Der Ausschuss, der die Ereignisse zwischen dem Doha-Abkommen im Februar 2020 und der Evakuierung aus dem Flughafen Kabul untersucht, hörte von ihm dennoch klare Worte zum eigentlichen Thema. In der Zeit, als die Taliban immer schneller das Land unter ihre Kontrolle brachten - sehr viel schneller als hierzulande erwartet - hätten Seehofer und seine Mitarbeiter „die Erfahrungen von 2015 immer vor Augen gehabt“, sagte er. Er meinte damit die Flüchtlingskrise von 2015. „Ich habe nie einen Zaun um

Deutschland gefordert“, fügte er hinzu, „sondern ein richtiges Maß an Zuwanderung“.

Es sei ihm stets um die Zahlen gegangen. Als es um die afghanischen Ortskräfte ging, die für die Bundeswehr oder die Bundespolizei gearbeitet hatten, habe er gedacht, dass diese Deutschland nicht überfordern würden. Als das Entwicklungsministerium hingegen von 50.000 Menschen sprach, sei diese Zahl für ihn „in die Nähe von 2015“ gekommen.

„Es war politisch opportun, das ordentliche Verfahren beizubehalten“, gab der ehemalige Minister zu Protokoll, als er gefragt wurde, ob eine Visaerteilung an der deutschen Grenze rechtlich nicht möglich gewesen wäre. Für die Visaabgabe sei ohnehin nicht er, sondern das Auswärtige Amt zuständig gewesen.

#### Für ihn gelte das Prinzip der Humanität und Ordnung

Nach seinem Amtsantritt habe er sehr schnell einen Masterplan „Humanität und Ordnung“ zur Migration entwickelt. Für ihn gelte das Prinzip der Humanität. Diese könne jedoch nur gewährleistet werden, wenn Ordnung herrsche. Aus diesem Grund

verteidigte der CSU-Politiker während der Anhörung das damalige Ortskräfteverfahren mit Einzelprüfung, das er „eine saubere rechtsstaatliche Lösung“ nannte. Das Regelverfahren habe ermöglicht, sicherzustellen, „wer ins Land kommt und dass keine Probleme importiert werden“. Das sei die Pflicht aller Innenminister, unterstrich er: Wenn man da Fehler mache, seien sie nicht rückgängig zu machen.

#### Seehofer sagt, er habe einer pauschalen Aufnahme zugestimmt

Anfang Sommer 2021 habe „jeder mit gesundem Verstand gewusst, wohin es geht“, berichtete Seehofer. Er habe sich jedoch aus rechtsstaatlichen Gründen auf den BND verlassen, der versichert habe, dass es noch Monate dauern würde. Als dann die afghanische Regierung doch früher zusam-

menbrach, habe sein Ministerium einer pauschalen Aufnahme zugestimmt, führte Seehofer vor den Abgeordneten aus.

Rückführungen nach Afghanistan in dieser Zeit seien trotz des Moratoriums der afghanischen Regierung und Warnungen von Frontex gerechtfertigt gewesen, so der Ex-Minister. Schließlich habe der Lagebericht des Auswärtigen Amtes diese für möglich gehalten. Bei den Abschiebungsflügen müsse man aber auch an die Sicherheit des Begleitpersonals denken, fügte er hinzu.

Horst Seehofer befand, er habe damals keine Fehler gemacht. Im Rückblick könne er sagen: „Ich kann in den Spiegel schauen.“

Der nächste Zeuge an diesem Tag hatte nur wenig zum Thema beizutragen. Wolfgang Schmidt, der frühere Staatssekretär des damaligen Finanzministers Olaf Scholz, der heute als Chef des Bundeskanzleramts weiterhin eng mit Scholz zusammenarbeitet, gab zu Protokoll, als die afghanische Regierung zusammengebrochen sei, habe Olaf Scholz eine schnelle Evakuierung befürwortet und als Finanzminister die dafür notwendigen Finanzmittel bereitgestellt. *Cem Sey*

» Es war politisch opportun, das ordentliche Verfahren beizubehalten.

EX-INNENMINISTER HORST SEEHOFFER

### Aktuelle Stunde

## Vom Regen in die Traufe

Abgeordnete debattieren über die Folgen des US-Wahlausgangs für Deutschland und Europa

Was in der deutschen Öffentlichkeit viele nicht erwartet haben, ist in der Nacht vom 5. auf den 6. November eingetreten: Der umstrittene Ex-Präsident und Republikaner Donald Trump, und nicht die amtierende Vizepräsidentin Kamala Harris, konnte sich in den US-Wahlen durchsetzen und wird im kommenden Jahr ins Weiße Haus einziehen (siehe Seite 8 und 9). Was diese Personalie für Europa und Deutschland zu bedeuten hat, darüber kamen die Fraktionen und Gruppen in einer Aktuellen Stunde zu den „Konsequenzen des amerikanischen Wahlergebnisses für Deutschland“ zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen.

Sahra Wagenknecht, deren BSW die Debatte auf die Tagesordnung gehö-

ben hatte, teilte aus in Richtung SPD und Grüne und in Richtung Union: Während die ersten trotz einer Vielzahl von Problemen im Land die Schuldenbremse aufheben wollten, um noch mehr Waffen an die Ukraine zu liefern, wolle die Union eine „transatlantische Vasallentreue“ selbst unter einem Präsidenten Donald Trump aufrechterhalten. Dessen Wahlsieg zeige doch, „was jahrelange Wohlstandsverluste und Abstiegsängste, hohe Inflation, unkontrollierte Migration, wachsende Ungleichheit“ für die Stimmung in einem Land bedeuteten.

Ralf Stegner (SPD) wandte sich gegen Antiamerikanismus – egal ob von rechts oder von links. „Diese Leute haben für nichts Lösungen, für alles nur Sündenböcke und Parolen.“ Deutschland habe den USA viel zu

verdanken, es gebe keinen Grund für Überheblichkeit. Eine Präsidentschaft Trumps sei eine „Rosskur“ für die amerikanische Demokratie, aber nicht ihr Ende.

» Wir Europäer werden noch mehr sicherheitspolitische Verantwortung selbst übernehmen müssen.

ANNALENA BAERBOCK (GRÜNE)

Jürgen Hardt (CDU) kritisierte europäische Versäumnisse gerade in den Jahren der Präsidentschaft des Demokraten Joe Biden. „Wir haben die Zeit nicht genutzt.“ Die Bundesregierung lasse in der mittelfristigen Fi-

nanzplanung Zweifel am Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel der Nato aufkommen. Hardt appellierte dringend, „diese offenen Flanken abzuräumen“.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) warb für weitere finanzielle Mittel zur Friedenssicherung. „Jede Investition in unsere Sicherheit ist eine Investition in unsere Freiheit.“ Seit dem Wahltag in den USA sei klar:

„Wir Europäer werden noch mehr sicherheitspolitische Verantwortung selbst übernehmen müssen.“

Matthias Moosdorf (AfD) nannte die Wahl Trumps „ein Zeichen dafür, dass das Immunsystem der Führungsmacht der westlichen Welt offenbar noch intakt ist“. Trump sei gewählt worden, weil sich die Menschen von ihm „Heilung in wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Krankheiten ihres Landes erhoffen“.

Michael Georg Link (FDP) ließ keinen Zweifel daran, dass man mit Donald Trump auf einen unbequemen und herausfordernden Präsidenten treffe. „Auch ein Trump ändert aber nichts an der Tatsache, dass die USA objektiv unser engster Verbündeter sind und bleiben.“ *ah*

## Gesundes-Herz-Gesetz

# Mehr Prävention für ein gesundes Herz

Mit einer verbesserten Früherkennung und regelmäßigen Checks sollen gefährliche Herz-Kreislauf-Erkrankungen zurückgedrängt werden

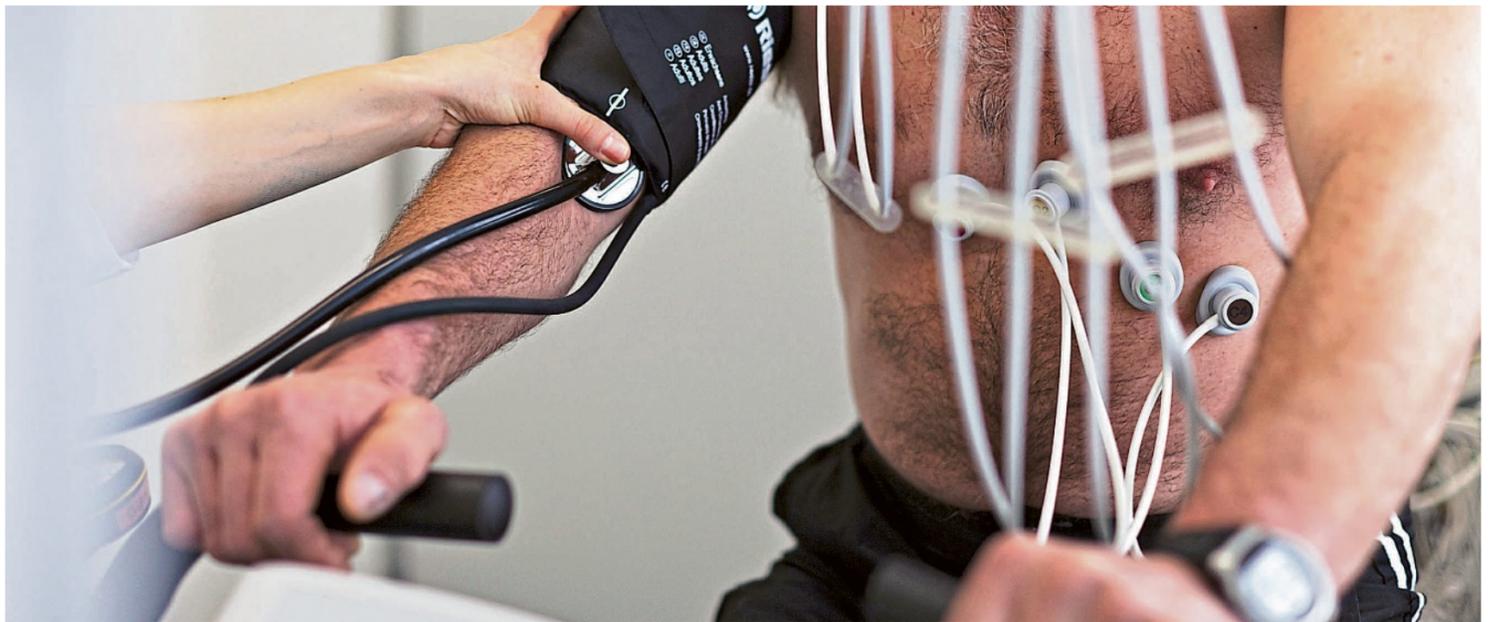
Das menschliche Herz ist ein vergleichsweise kleines Organ, das im Laufe eines Lebens jedoch permanent Höchstleistungen erbringt. Nach Angaben der Deutschen Herzstiftung pumpt das Herz in 24 Stunden insgesamt rund 7.000 Liter Blut durch den Körper. Wer ein gesundes Herz hat, bemerkt die enorme Leistung auch unter Belastung kaum. Wenn ein Arzt hingegen eine Herzkrankheit diagnostiziert, ist Vorsicht geboten, denn Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die häufigste Todesursache in Deutschland. Etwa ein Drittel aller Todesfälle ist allein darauf zurückzuführen.

Die Zahl der Todesfälle durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist seit 1980 zwar stark rückläufig, liegt aber immer noch auf einem hohen Niveau. In dem Jahr betrug die Zahl der Todesfälle nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 500.000, im Jahr 2023 waren es rund 348.000. Zu den häufigsten Herzerkrankungen, die tödlich enden, gehören die koronare Herzkrankheit (KHK) (Arterienverkalkung), der Herzinfarkt (Arterienverschluss), die Herzinsuffizienz (Herzmuskelschwäche), die hypertensive Herzkrankheit (Hochdruckherz) und das Vorhofflimmern (Herzrhythmusstörung).

## Viele Risikofaktoren sind durch den Lebensstil bedingt

Herzfehler können angeboren sein, aber auch durch einen ungesunden Lebensstil entstehen. Als wesentliche Risikofaktoren gelten Rauchen, un ausgewogene Ernährung, mangelnde Bewegung, Übergewicht und Stress. Diese lebensstilbedingten Faktoren können zu hohem Blutdruck und erhöhten Cholesterinwerten (Fette/LDL) beitragen, die sodann zu Ablagerungen in den Gefäßen (Plaques) führen und infolgedessen die Herz-Kreislauf-Sterblichkeit erhöhen.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind nicht nur tragisch in jedem Einzelfall, sondern in der Versorgung auch besonders kostspielig. Nach Angaben der Bundesregierung verursachten diese Krankheiten 2020 mit rund 57 Milliarden Euro die höchsten Kosten für das Gesundheitssystem.



Mit einem Belastungs-EKG können Mediziner eine mögliche koronare Herzerkrankung feststellen. Dazu werden die Patienten mit Elektroden verbunden und müssen sich unter Kontrolle einer körperlichen Anstrengung unterziehen. Bei dieser Untersuchung kann auch die individuelle körperliche Leistungsfähigkeit ermittelt werden.

© picture alliance/KEYSTONE/GAETANBALLY

Mit dem Gesundes-Herz-Gesetz (GHG) (20/13094), das am Mittwoch erstmals auf der Tagesordnung des Bundestags stand, soll die Prävention auch unter jüngeren Menschen gezielt gestärkt werden, um solche Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und möglichst zu verhindern.

Die Novelle sieht einen gesetzlichen Anspruch auf erweiterte Leistungen zur Früherkennung einer Fettstoffwechselerkrankung im Rahmen der Untersuchungen für Kinder und Jugendliche (U/J) vor. Für Erwachsene im Alter von 25, 40 und 50 Jahren sind sogenannte Check-ups im Bereich der Herz-Kreislauf-Erkrankungen vorgesehen. Versicherte sollen Gutscheine erhalten für eine erweiterte Beratung mit Messungen zu Risikofaktoren, etwa Diabetes, in Apotheken.

## Cholesterinsenker sollen vermehrt verordnet werden können

Um Herzinfarkten und Schlaganfällen vorzubeugen, soll die Verordnungsfähigkeit von Statinen (Cholesterinsenker) gestärkt werden. Dafür

wird ein Anspruch auf Versorgung mit Lipidsenkern geregelt. Ärzte sollen die Möglichkeit bekommen, Lipidsenker frühzeitiger und nach dem individuellen Herz-Kreislauf-Risiko zu verordnen. Außerdem wird der Anspruch auf eine medikamentöse Therapie zur Tabakentwöhnung ausgeweitet.

In der Aussprache sagte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), Herz-Kreislauf-Erkrankungen seien mitbestimmend für die Tatsache, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine geringere Lebenserwartung aufweise. Zugleich sei das Gesundheitssystem das teuerste in Europa. Wichtig sei, dass künftig schon Kindern bei erhöhten Cholesterinwerten hätten bisweilen bereits mit 25 die Gefäße von Hochaltrigen und könnten schon mit 30 Schlaganfälle oder Infarkte erleiden.

Johannes Wagner (Grüne) fügte hinzu, viele dieser Schicksale und die enorme Belastung für das Gesundheitssystem könnten vermieden werden durch kluge Prävention. Es gehe

dabei um Vorsorge, Früherkennung und Nachsorge. Gerade für die Herzgesundheit sei die Primärprävention unerlässlich, denn 70 Prozent der Herz-Kreislauf-Erkrankungen wären durch einen gesunden Lebensstil vermeidbar.

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) sprach sich dafür aus, auch die Zahn-

ärzte in das Gesetz einzubeziehen, weil schwere Parodontitis das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhe. Zudem müssten bei der Stärkung der Herzgesundheit die geschlechtsspezifischen Unterschiede bedacht werden.

Die Opposition sieht den Gesetzentwurf kritisch. Dietrich Monstadt (CDU) befand sogar: „Dieses Gesetz ist überflüssig.“ Nötig sei eine Ausweitung bewährter Präventionsprogramme. Es entstehe der fatale Eindruck, dass eine gesunde Lebensweise durch Medikamente ersetzt werden solle. Christina Baum (AfD) kritisierte, durch die Ausweitung der strukturierten Behandlungsprogramme (DMP) auf Risikopatienten, entstünden laut Krankenkasse AOK erhebliche Kosten, ohne dass für die Versicherten ein Mehrnutzen erkennbar werde. Die Kinderärztin Nezahat Baradari (SPD) entgegnete, mit Einführung eines frühen Screenings auf Hypercholesterinämie für Kinder würden jene Altersgruppen erfasst, die bislang durch jedes Raster gefallen seien. Das sei ein Meilenstein der Früherkennung. *Claus Peter Kosfeld*

## KOMPAKT

> **Kinder** Schon Kinder und Jugendliche sollen auf mögliche Fettstoffwechselerkrankungen hin untersucht werden können.

> **Tests** Im Alter von 25, 40 und 50 Jahren sind körperliche Check-ups vorgesehen.

> **Fettwerte** Ärzte sollen die Möglichkeit bekommen, Lipidsenker frühzeitiger und nach dem individuellen Herz-Kreislauf-Risiko zu verordnen.

## Anhörung

# Hohe Erwartungen an eine bessere Patientensteuerung

Experten fordern Änderungen am Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung und warnen vor ineffektiven Verfahren

Neben der Krankenhausreform gehört die Neustrukturierung der Notfallversorgung zu den wichtigsten Vorhaben im Gesundheitssektor. Es geht dabei vor allem um eine effektivere Lenkung der Hilfesuchenden in die passende Versorgungsebene. Am Mittwoch berieten zahlreiche Gesundheitsexperten in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über den Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/13166). Die Experten befürworten im Grundsatz die Reform, einige bezweifeln jedoch die erwarteten Effizienzgewinne und damit auch die erhoffte Einsparung in Milliardenhöhe. Die Sachverständigen äußerten sich in der Anhörung sowie in schriftlichen Stellungnahmen.

Nach Ansicht des AOK-Bundesverbandes muss die Notfallreform im Zusammenspiel mit anderen Gesetzgebungen, etwa der Krankenhausreform oder dem Gesundes-Herz-Gesetz, umgesetzt werden. Wenig optimistisch äußerte sich die AOK zu den

Einsparzielen. Die hohen Einsparpotenziale von bis zu einer Milliarde Euro jährlich seien „nicht seriös beziffert“. Um Einsparungen zu erreichen, sei eine Synchronisierung mit der Krankenhausreform unerlässlich. Es müssten Überkapazitäten abge-



Der Rettungsdienst im Notfalleinsatz

baut und sektorübergreifende Lösungen geschaffen werden.

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) machte deutlich, dass sich die Notfallreform auch auf Hilfe bei psychischen Krisen erstrecken müsse. Wenn Menschen mit psychischen Erkrankungen oder akuter psychischer Symptomatik eine Notfallambulanz aufsuchten, blieben sie zu häufig unversorgt oder würden fehlversorgt.

Nachbesserungen fordert auch der Spitzenverband der Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands (Spifa). Die ökonomischen Fehlanreize in der Notfallversorgung könnten durch die vorgeschlagenen Regelungen nicht konsequent beseitigt werden. In der Folge seien die Wirtschaftlichkeitsreserven nicht zu heben. Die beteiligten Versorgungsbereiche müssten besser miteinander verzahnt werden. Der Deutsche Landkreistag (DLT) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) kritisierten die geplante Einbeziehung des Rettungsdienstes als eige-

nen Leistungsbereich im Sozialgesetzbuch V (SGB V) und warnten davor, in funktionierende Strukturen einzugreifen. DLT und DRK trügen als Träger des Rettungsdienstes, der Rettungsleitstellen, über eigene Krankenhäuser und bei der Gefahrenabwehr eine zentrale Verantwortung. Ein Verfahren ohne echte Mitwirkung der maßgeblichen Akteure sei abzulehnen. Zentrale Regelungen basierten oft auf Fehlannahmen zur rechtlichen, finanziellen und der tatsächlichen Situation. Dem Bund fehle es an Zuständigkeit zur Regelung des Rettungsdienstes im SGB V.

Die Bundesärztekammer (BÄK) würdigte, dass keine völlig neuen Strukturen geschaffen würden, sondern auf die bestehenden Strukturen der Leitstellen und Notdienstpraxen aufgesetzt werde. Zwingende Voraussetzung für die Reform sei jedoch die Schaffung ausreichender Kapazitäten.

In der Anhörung ging es oftmals um die technische Umsetzung der Re-

form, die geplanten Zuständigkeiten und Abläufe. Verschiedene Sachverständige ließen durchblicken, dass die Notfallversorgung ausgesprochen komplex ist, bis hin zur hochspezialisierten Luftrettung, und viele Details bedacht werden müssten.

Der Intensivmediziner Christian Kargiannidis nannte die Reform elementar, um Ressourcen besser zu nutzen. Dazu brauche es verbindliche Regelungen und einheitliche Qualitätsvorgaben sowie die nötige technische Ausstattung. Das müsse auskömmlich finanziert sein.

Andreas Gassen von der Kassennärztlichen Bundesvereinigung (KBV) sagte, die Bevölkerung dürfe nicht das Signal erhalten, dass es künftig zusätzliche Stellen für die Versorgung gebe, wenn es in den Praxen mal zu lange dauere. Vielmehr müsse geklärt werden, welche Behandlungsnotwendigkeiten auf welcher Ebene zu welchem Zeitpunkt erforderlich seien, und das bundesweit verbindlich und qualitätsgesichert. *pk*

## Antisemitismus in Deutschland

## Ein Antrag und kein Schlussstrich

Über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU zur Bekämpfung des Antisemitismus wurde monatelang verhandelt. Aktuelle Diskussionen im und außerhalb des Bundestages zeigen, dass der Umgang mit dem Thema schwierig bleiben wird

Jetzt gibt es ihn endlich, einen fraktionsübergreifenden Antrag (20/13627) von SPD, Grünen, FDP und der CDU/CSU-Fraktion zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland. Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die bisherigen Regierungsfaktionen und die größte Oppositionsfraktion im Bundestag darauf unter dem Titel „Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ verständigt. Das ist ein starkes symbolisches Signal der Einigung innerhalb des Bundestages. Aber darüber hinaus sorgte das Papier, kaum war es in der Welt, für heftigen Widerspruch und einen offenen Brief, den mehr als 2.000 Journalisten, Künstler und Wissenschaftler unterzeichnet haben.

Stein des Anstoßes ist vor allem die Antisemitismus-Definition, auf die sich die Fraktionen beziehen. Diese Definition haben sie, wie zuvor auch schon die Bundesregierung in einem entsprechenden Beschluss, von der IHRA (International Remembrance Alliance) übernommen. Die IHRA definiert Antisemitismus als eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass ausdrücken kann. Von der rechtlich nicht bindenden Arbeitsdefinition werden unter anderem die Vorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung“, die Leugnung des Holocaust und das Zuschreiben kollektiver Verantwortung von Juden für die Politik des Staates Israel umfasst. Die Unterzeichner des offenen Briefes wünschen sich nach eigener Aussage eine Debatte darüber, wie

Staat und Zivilgesellschaft jüdisches Leben schützen könnten, „ohne Minderheiten gegeneinander auszuspielen“. Dabei sei es wichtig, nicht auf „unsichere Definitionen“ zu setzen.

#### Es ist inzwischen ein Konflikt, der weit über Nahost hinausreicht

Am Donnerstag hat sich der Bundestag 90 Minuten Zeit genommen, um über den Antrag zu debattieren. Erst Anfang Oktober hatte sich das Parlament anlässlich des Jahrestages des Hamas-Massakers in Israel mit den Folgen der Gewaltspirale in Nahost befasst. Folgen, die sich schon längst nicht mehr auf die Region beschränken, sondern in vielen westlichen Demokratien zu sehr konfrontativen Debatten über den Umgang mit isla-

mistischem Terror und der Reaktion Israels darauf führten. Der fraktionsübergreifende Antrag ist nur ein Baustein der deutschen Debatte. Er prangert den rechtsextremistischen, den islamistischen und den „links-anti-imperialistischen“ Antisemitismus als Ursache einer „zutiefst beunruhigenden“ Entwicklung an und fordert unter anderem, „Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen“, insbesondere im Strafrecht, aber auch im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht. In Zahlen der Polizeistatistik lässt sich diese Entwicklung wie folgt ausdrücken: Seit dem Hamas-Überfall auf Israel hat sich die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland verdoppelt (rund 3.500).

#### Der Antrag bekommt eine breite Mehrheit

In der Debatte verteidigten Abgeordnete der antragstellenden Fraktionen die verwendete Antisemitismus-Definition, während vor allem Die Linke und das BSW sie kritisierten und unter anderem damit ihr Abstimmungsverhalten begründeten: Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit der bisherigen Ampel-Fraktionen, der Unionsfraktion und der AfD-Fraktion angenommen, wohingegen sich die Gruppe Die Linke enthielt und die Gruppe BSW dagegen stimmte. Andrea Lindholz (CSU) erinnerte an das Leid der Juden im Nationalsozialismus: „Dieses Leid ist bis heute unvergessen und es muss auch in Zukunft unvergessen bleiben! Wir müs-

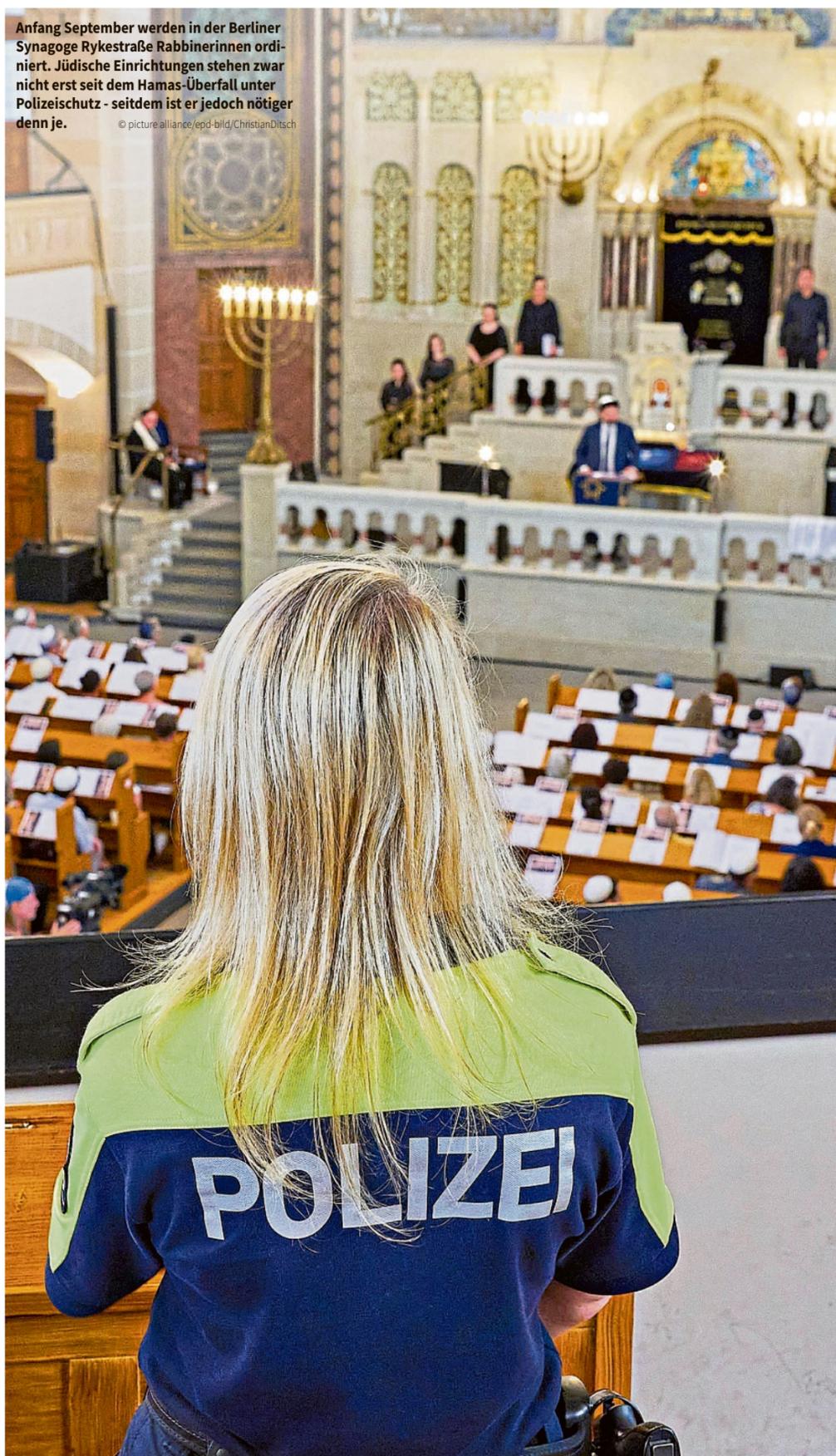
ist das glasklar antisemitisch und menschenverachtend.“ Die IHRA-Antisemitismus-Definition mache Israelkritik keinesfalls unmöglich.

#### Das Thema soll damit nicht abgehakt werden

Konstantin Kuhle (FDP) betonte: „Hinter dem Vorwurf steckt ein fundamentales Missverständnis, denn diese Resolution der Fraktionen soll die Diskussion über Antisemitismus fördern und nicht beenden, sie soll das Thema nicht abhaken.“ Diese Auseinandersetzung könne nicht bequemer sein.

Dirk Wiese (SPD) betonte die Wichtigkeit, dass der Bundestag trotz der aktuellen politischen Entwicklung des Endes der Ampel-Regierung und trotz aller Meinungsverschiedenheiten dieses „Signal der Gemeinsamkeit“ sende. „Dass Menschen jüdischen Glaubens überlegen, Deutschland zu verlassen, muss uns beschämen“, sagte er. „Dieser Antrag kann nicht alle Probleme lösen und soll auch nicht Diskussionen beenden, aber er soll ein Zeichen an alle Menschen jüdischen Glaubens senden, die hier friedlich leben wollen.“

Jürgen Braun (AfD) nannte es naiv, in dem Antrag zu behaupten, jüdisches Leben sei ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft. „Wie kann es selbstverständlich sein, wenn Juden sich nicht mehr zu erkennen geben können?“, fragte er. Die Antwort der Ampel darauf seien noch mehr Antisemitismus- und Islambeauftragte an staatlichen Institutio-



Anfang September werden in der Berliner Synagoge Rykestraße Rabbinerinnen ordiniert. Jüdische Einrichtungen stehen zwar nicht erst seit dem Hamas-Überfall unter Polizeischutz - seitdem ist er jedoch nötiger denn je.

© picture alliance/epd-bild/ChristianDitsch



Wenn die barbarischen Anschläge vom 7. Oktober offen bejubelt werden, wenn Vernichtungsfantasien gegenüber Israel offen artikuliert werden, dann ist das glasklar antisemitisch.

KONSTANTIN VON NOTZ (GRÜNE)



© sepp - stock.adobe.com

sen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen bekämpfen!“ Sie erneuerte schließlich die Rücktrittsforderung der Unionsfraktion an Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD), der kürzlich wegen eines Social-Media-Posts zum Gaza-Krieg Antisemitismus vorgeworfen wurde und für den sie sich entschuldigt hatte. Lindholz sagte dennoch: „Es ist unerhört, dass sie immer noch an ihrem Amt festhält.“

Konstantin von Notz (Grüne) betonte: „Antisemitismus kommt von ganz rechts und geht bis ganz links, er kommt aber auch, wie schon 1938, aus der Mitte der Gesellschaft“ und er beruhe auf der Zuwanderung aus Ländern, in denen Antisemitismus staatlich indoktriniert werde. „Wenn die barbarischen Anschläge vom 7. Oktober offen bejubelt werden, dann

nen, die aber oft selbst Teil des Problems seien, so Braun.

Gregor Gysi (Die Linke) sagte, „Kritik an der israelischen Regierung hat mit Antisemitismus nichts zu tun, wenn sich nicht dahinter eine Ablehnung des Judentums verbirgt.“ Der Antrag sei „nicht gut“, weil er jüdisches Leben in Deutschland „nicht wirksam schützt und weil viele eine Einschränkung der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit befürchten“.

Sevim Dagdelen (BSW) kritisierte, der Antrag erweise dem Kampf gegen Antisemitismus einen „Bärendienst“. Denn: „Sie wollen eine wissenschaftlich umstrittene Antisemitismus-Definition staatlich postulieren. Die Kritik an der zum Teil rechtsextremen israelischen Regierung wird so unter den Verdacht des Antisemitismus gestellt.“

Claudia Heine

#### STICHWORT

> **Straftaten** Seit dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 haben sich antisemitische Straftaten in Deutschland verdoppelt (auf 3.500).

> **Diskussionen** Seit dem Überfall häufen sich aber auch jenseits strafrelevanter Fälle Übergriffe und Vorfälle, die sich gegen jüdische Menschen und Einrichtungen richten. Der Polizeischutz vor Schulen, Synagogen und anderen Veranstaltungsräumen musste massiv verstärkt werden.

> **Resolution** In ihrem gemeinsamen Antrag „Nie wieder ist jetzt“ bekennen sich SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU dazu, jüdisches Leben in Deutschland besser schützen zu wollen, unter anderem auch durch Strafverschärfungen. Umstritten ist die verwendete Definition von Antisemitismus.

## Expertenanhörung zum Kinderschutzgesetz

Ein »Meilenstein«  
gegen Missbrauch

Viel Lob - aber auch Mahnung nach Ausfinanzierung

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung des Kinderschutzes ist bei Verbänden auf ein sehr positives Echo gestoßen. In der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses zu dem Entwurf (20/13183) am Montag forderten sie zugleich aber mehr Unterstützung von Missbrauchsopfern. Hauptbestandteil des Gesetzentwurfes ist die gesetzliche Verankerung der bestehenden Einrichtung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (Unabhängige Bundesbeauftragte). Zudem ist eine Berichtspflicht für die Unabhängige Bundesbeauftragte zum Ausmaß sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vorgesehen. Um Betroffene wirksam und verlässlich bei individuellen Aufarbeitungsprozessen zu unterstützen, will der Bund ein Beratungssystem bereitstellen. Die Verbindlichkeit des staatlichen Auftrags zur allgemeinen Aufklärung, Sensibilisierung und Qualifizierung soll durch einen gesetzlichen Auftrag an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung konkretisiert werden, heißt es im Entwurf.

## STICHWORT

Kern des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist die **gesetzliche Verankerung** der Struktur der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen und eine **Berichtspflicht** zum Ausmaß des Missbrauchs. Um Betroffene bei individuellen Aufarbeitungsprozessen besser zu unterstützen, soll das **Beratungssystem** ausgebaut werden.

Die Unabhängige Beauftragte Kerstin Claus bezeichnete den Gesetzentwurf als „Meilenstein“ im Kampf gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Die stärkste Wirkung werde die künftige Berichtspflicht ihres Amtes an den Bundestag, die Bundesregierung und den Bundesrat entfalten. Diese Berichte würden künftig allen Beteiligten deutlich machen, in welchem Maß Kinder und Jugendliche sexueller Gewalt ausgesetzt seien und die Lücken im Kinderschutz sichtbar machen, sagte Claus. „Wir brauchen diese Zahlen“, betonte sie.

Unter anderem die Präsidentin des Kinderschutzbundes, Sabine Andresen, forderte, „die finanziellen und personellen Ressourcen zu stärken“, um die Ziele des Entwurfs zu erreichen.

Als „verstörend“ bezeichnete der Vorsitzende des Vereins „gegen-missbrauch“, Ingo Fock, die „Begleitdiskussion aus ökonomischen Gründen“. Die Nicht-Aufarbeitung von Missbrauch führe sehr oft dazu, dass Traumatisierte auf Sozialleistungen angewiesen seien. Fock forderte, vor allem die Fachberatungsstellen finanziell zu stärken. Silke Noack von der Nationalen Informations- und Beratungsstelle bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend wies auf die Notwendigkeit einer guten Erreichbarkeit von Beratungsangeboten hin, um die Zugangsschwelle niedrig zu halten. Es gebe viel zu wenige Beratungsstellen, kritisierte sie.

Berichtspflicht nicht nur einmal  
in der Legislatur

Auch Angela Marquardt, Mitglied des Betroffenenrates bei der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, verwies auf eine unzureichende Finanzierung. „Kostenneutral wird das nicht gehen“, erklärte sie im Blick auf die erweiterten Aufgaben. „Sie können nicht alles im Ehrenamt leisten“. Der Kinder- und Jugendpsychiater Jörg M. Fegert, der 2010 von der ersten Unabhängigen Beauftragten mit der Begleitforschung beauftragt worden war, forderte eine Berichtspflicht nicht nur einmal pro Legislaturperiode, sondern jährlich oder mindestens alle zwei Jahre. Letzteres kristallisierte sich im Verlauf der Anhörung als Konsens heraus.

Mehrere Sachverständige bemängelten so wie der Generalsekretär und Geschäftsführer des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Marc Frings, die vorgesehene Altersgrenze von 50 Jahren für das Recht auf Akteneinsicht. Sehr oft komme die Bereitschaft zur Aufarbeitung der Jugenderlebnisse erst im höheren Alter. Mehrfach kritisiert wurde auch der Geltungsbereich des Gesetzes, der sich im Wesentlichen auf staatliche und staatlich geförderte Einrichtungen der Jugendhilfe erstreckt. Heinz Kinder vom Deutschen Jugendinstitut erinnerte an das „sehr viel weitergehende“ Schutzkonzept des 2010 einberufenen Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch, das alle Angebote für Minderjährige bis hin zu Jugendreisen und Musikschulen umfasse. Einhellig mahnten die Experten, das Gesetz zügig zu beschließen.

Peter Stütze



Ein Autorenteam der Wochenzeitung „Die Zeit“ hat den Medienpreis des Deutschen Bundestages gewonnen. Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU) ehrte am vergangenen Mittwoch die Journalistinnen und Journalisten.

© Deutscher Bundestag/Thomas Imo/Photothek

## Auszeichnung des Deutschen Bundestages

## Medienpreis für Zeit-Team

Der Medienpreis des Bundestages würdigt herausragende publizistische Arbeiten. In diesem Jahr wurde ein Text über den Sturm auf das Reichstagsgebäude 2020 ausgezeichnet

Warum haben Sie mitgemacht? Diese Frage stellten zwölf Autorinnen und Autoren der Wochenzeitung „Die Zeit“ 45 Beteiligten, die am 29. August 2020 in einem Pulk von rund 400 Personen versucht hatten, das Reichstagsgebäude zu stürmen. Sie fragten nach den Motiven und danach, „ob sie es noch einmal täten“. Für das Ergebnis ihrer Recherchen, erschienen am 24. August 2023 als Titelthema: „Sturm auf den Reichstag“, überreichte ihnen Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU) am Mittwoch den Medienpreis Parlament 2024 des Deutschen Bundestages.

Die Journalistin Pinar Atalay (RTL), Mitglied der siebenköpfigen unabhängigen Jury des Medienpreises, berichtete, das „Zeit“-Autorenteam gehe „den persönlichen Geschichten der Stürmenden nach“, zeige die Gesichter und erzähle die Einzelschicksale jener, „die – als Masse gestärkt – am 29. August 2020 den Reichstag angriffen“. Das Autorenteam, bestehend aus Lale Artun, Christian Fuchs, Astrid Geisler, Anne Kunze, Dominik Lenze, Bastian Mühlhagen, Kim Lucia Ruoff, Christina Schmidt, Amonte Schröder-Jürs, Jana Simon, Eva Sudholt und Stefan Willeke, arbeite auf höchstem Niveau daran, „den Leserinnen und Lesern Einblicke in Gedankenwelten zu geben, die meist eher verschlossen bleiben“. So-

mit trügen sie dazu bei, „das Geschehen und das Warum besser zu verstehen, und das ist höchst preiswürdig“, urteilte Atalay. Die Jury-Vorsitzende Claudia Nothelle von der Hochschule Magdeburg-Stendal nannte den Beitrag ein „Meisterstück der dokumentarischen Distanz“. Die Journalistinnen und Journalisten hätten die Stimmen sprechen lassen – „ohne Glorifizierung, ohne Urteil, ohne belehrenden Zeigefinger. Sie schaffen ein klares Protokoll, das Raum gibt, die Gefahren selbst zu erkennen“.

Beiträge über Petitionsausschuss  
und Humor im Parlament

Von den 55 eingereichten Beiträgen nominierte die Jury drei für die Preisverleihung. Nominiert waren auch ein Text der „Spiegel“-Politikredakteurin Sophie Garbe über die Arbeit des Petitionsausschusses des Bundestages und ein Radiofeature der freien Hörfunkjournalistin Lydia Jakobi über Humor im Parlament. Yvonne Magwas lobte eingangs, die nominierten Beiträge kombinierten alles, was man von gutem Journalismus erwarte: Information, Investigation, Analyse und Kritik, Zuspitzung und Unterhaltung. Dies lasse die Abgeordneten ihre eigene Arbeit reflektieren, Sorge aber auch dafür, dass „die Arbeit unseres Parlaments vermittelt wird“.

Politikerinnen und Politiker beklagten sich oft über „die Medien“, vor allem, wenn Dinge wissentlich zugespitzt oder durch Verkürzung missverständlich dargestellt würden, sagte die Bundestagsvizepräsidentin. Wichtiger sei jedoch, dass sie dankbar seien für den „weit überwiegenden Teil sorgfältiger, fachkundiger und kluger Berichterstattung, die uns und unsere Arbeit auch immer wieder hinterfragt“. Magwas dankte den Medien dafür, dass sie dazu beitragen, den Alltag und die Abläufe des Deutschen Bundestages besser verständlich zu machen, dass sie den „Facettenreichtum der Politik und ihrer Akteure beleuchten und die bisweilen verschlungenen Wege, auf denen der Bundestag zu politischen Lösungen kommt“. Mit dem seit 1993 vergebenen und mit 5.000 Euro dotierten Medienpreis würdigt der Bundestag „herausragende publizistische Arbeiten“, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe und Themen beitragen. Die eingereichten Arbeiten für das diesjährige Preisverfahren mussten zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2023 in deutschen Tages- oder Wochenzeitungen und in Online-Medien erschienen oder in Rundfunk oder Fernsehen ausgestrahlt worden sein.

Volker Müller

## PERSONALIA

## Cornelia Schmalz-Jacobsen

Bundestagsabgeordnete von 1990-1998, FDP

Am 11. November vollendet Cornelia Schmalz-Jacobsen ihr 90. Lebensjahr. Die aus Berlin gebürtige Journalistin und Autorin trat 1968 der FDP bei, war von 1972 bis 1985 Stadträtin in München und von 1985 bis 1988 Jugend- und Familien senatorin in Berlin. Danach amtierte Schmalz-Jacobsen bis 1991 als Generalsekretärin ihrer Partei und war von 1995 bis 1999 stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende. Von 1991 bis 1999 hatte sie in der Nachfolge Liselotte Funckes das Amt der „Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer“ inne. Im Bundestag engagierte sich Schmalz-Jacobsen im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Familienausschuss. Sie ist auch als Autorin hervorgetreten.

## 90 JAHRE

## Fritz Rudolf Körper

Bundestagsabgeordneter von 1990-2013

SPD  
Fritz Rudolf Körper wird am 14. November 70 Jahre alt. Der protestantische Theologe aus Rehborn/Kreis Bad Kreuznach

## 70 JAHRE

trat 1973 der SPD bei, war von 1990 bis 2010 Vorsitzender des Kreisverbands Bad Kreuznach und von 1990 bis 2002 stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau beziehungsweise von 2002 bis 2013 des Regionalverbands Rheinland. Von 1979 bis 1990 gehörte Körper dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Im Bundestag war er von 1994 bis 1998 innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und fungierte von 2005 bis 2009 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Körper war Mitglied des Innen- und zuletzt des Verteidigungsausschusses. Außerdem gehörte er acht Jahre lang dem Parlamentarischen Kontrollgremium an. Von 1998 bis 2005 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

## Diethard Schütze

Bundestagsabgeordneter von 1994-2002

CDU

Am 18. November wird Diethard Schütze 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Notar aus Berlin wurde 1973 Mitglied der CDU, 1989 Kreisvorsitzender in Reinickendorf und 1998 stellvertretender CDU-

## 70 JAHRE

Landesvorsitzender. Von 1981 bis 1994 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 1990 bis 1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Schütze wirkte im Bundestag im Finanzausschuss mit.

Bernd Haunfelder

## VERSTORBEN

## Hansmartin Simpfendörfer †

Bundestagsabgeordneter von 1972-1980

SPD

Am 12. Oktober starb Hansmartin Simpfendörfer im Alter von 90 Jahren. Der Gymnasiallehrer aus Weikersheim/Main-Tauber-Kreis schloss sich 1963 der SPD an und war von 1968 bis 1972 Vorsitzender des Kreisverbands Mergentheim. Von 1972 bis 1984 gehörte er dem Kreistag Main-Tauber und von 1968 bis 1976 dem Stadtrat in Weikersheim an. Simpfendörfer engagierte sich im Bundestag im Haushaltsausschuss.

12. 10. 2024



Ein Trabi wird in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 in Berlin an einem Grenzübergang begrüßt.

© picture alliance/photothek/Thomas Imo

## Friedliche Revolution in der DDR

# Die Mauer fiel von Osten

35 Jahre nach dem Umbruch in der DDR erinnert der Bundestag an den zentralen Beitrag der ostdeutschen Oppositionellen von 1989 zu Freiheit und Einheit

Mehr als 28 Jahre lang trennte die Berliner Mauer den Westen der Stadt hermetisch von ihrem Ostteil und Umland ab; an diesem Samstag jährt sich ihr Fall zum 35. Mal. Am Freitag gedachte der Bundestag des Mauerfalls vom 9. November 1989. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) verwies zu Beginn der Sitzung darauf, dass die Mauer nicht in sich zusammengefallen, sondern zu Einsturz gebracht worden sei, von „mutigen Ostdeutschen, die im Herbst 1989 Woche für Woche auf die Straßen gingen“ und unter großem persönlichem Einsatz für Bürgerrechte, Freiheit und Demokratie demonstrierten.

„Ohne den Mauerfall wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen“, fügte die Bundestagspräsidentin hinzu. Zugleich würdigte sie die Leistung der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer der DDR,

großen Härten verbunden gewesen: „Sie mussten sich ein neues Leben aufbauen. Das ist eine beeindruckende Leistung, die große Anerkennung verdient“, betonte Bas.

Im Anschluss debattierte das Parlament über je einen Antrag der bisherigen Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/13628) und der CDU/CSU (20/13614) zum 35. Jahrestag des Mauerfalls sowie über zwei AfD-Anträge zur „Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft in Deutschland“ (20/13622) und zu „staatlich organisiertem Kindesraub“ in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR (20/13621). Während die beiden AfD-Vorlagen an die Ausschüsse überwiesen wurden und der Unions-Antrag im Plenum keine Mehrheit fand, verabschiedete das Parlament den Drei-Fraktionen-Antrag zum „Epochenwechsel in Europa 1989/1990“ mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP.

habe jedoch „im geeinten Deutschland noch keine gemeinsame Erzählung zu diesen für unser Land so wichtigen Ereignissen und Geschehnissen gefunden“. Es bleibe aber festzuhalten, dass die damaligen DDR-Bürger im Prozess der Friedlichen Revolution und Deutschen Einheit „selbst Subjekt und Handelnde“ gewesen seien.

In der Debatte hob Katrin Budde (SPD) hervor, dass der Weg zur Einheit über die „Selbstdemokratisierung der Ostdeutschen“ geführt habe. Sie verwahrte sich zugleich dagegen, dass die Hoffnungen und Arbeit der Demonstranten von 1989 heute von „rechtsnationalen Kräften“ missbraucht würden.

Christiane Schenderlein (CDU) wandte sich gegen Vergleiche zwischen der Freiheitsbewegung von 1989/90 und „heutigen Protestbewegungen in unserem Land“. Nicht umsonst wehrten sich DDR-Bürgerrechtler gegen eine Gleichsetzung der Friedlichen Revolution mit rechten Protestbewegungen.

Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) wies Versuche zurück, „die DDR-Diktatur im Rückblick in ein Erinnerungs-Bullerbü zu verwandeln“. Wer etwa behauptete, die DDR sei „friedlicher“ gewesen, verrate das Erbe der Friedlichen Revolution, betonte sie.

Linda Teuteberg (FDP) mahnte, nicht „geschichtswegende Vergleiche“ zu ziehen. So würden echte Diktaturen mit Begriffen wie etwa „Corona-Diktatur“ verharmlost.

Götz Frömming (AfD) kritisierte demgegenüber, wenn heute gegenüber seiner Partei eine „Brandmauer“ gezogen werde, sei dies respektlos gegenüber ihren ostdeutschen Wählern. Auch diese Mauer müsse fallen, fügte er hinzu.

Helmut Stoltenberg

## Verbesserungen für SED-Opfer

# Gut gemeint, schlecht gemacht

Regierungsentwurf stößt in Anhörung auf Kritik

Vertreter von Opferverbänden und die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke haben die von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für SED-Opfer teils harsch kritisiert. Zupke sprach bei einer Anhörung am Mittwoch zu dem Gesetzentwurf (20/12789) zwar von einigen „guten Ansätzen“. Der Entwurf gehe aber weit an dem vorbei, „was wir heute brauchen, um die Opfer angemessener zu unterstützen“, kritisierte die Opferbeauftragte. Noch deutlichere Worte fand der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski. Der Gesetzentwurf habe ihn „fassunglos“ gemacht, berichtete er.

### Sachverständige fordern Erhöhung der SED-Opferrente

Dabei gibt es einiges in dem Entwurf, was in der Anhörung auf Zustimmung traf, wenn auch meist ein „Aber...“ folgte: Dass die SED-Opferrente dynamisiert werden soll, fanden die Sachverständigen beispielsweise richtig, aber eine vorherige Erhöhung der angepassten Leistung sei notwendig. Dass Betroffene der Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet der ehemaligen DDR künftig als Opfergruppe anerkannt und Anspruch auf eine einmalige Leistung haben sollen, wurde begrüßt, zu niedrig sei aber die geplante Höhe von 1.500 Euro.

Doch vor allem kritisierten die Sachverständigen, dass eine Regelung zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden fehlt. Betroffene sowie die SED-Opferbeauftragte in Bund und Ländern weisen seit Jahren darauf hin, dass die Anträge scheitern. Das Problem: Sie müssen den kausalen Zusammenhang zwischen ihrer Hafterfahrung und ihrem Leiden, etwa einer Angststörung oder einer posttraumatischen Belastungsstörung, nachweisen. Das gelingt häufig aber nicht.

Auch SPD, Grüne und FDP hatten das Problem in ihrem Koalitionsvertrag anerkannt und angekündigt, eine Lösung dafür zu finden. Im vorliegenden Gesetzentwurf fehlt diese allerdings, und die Bundesregierung begründet dies auch ausführlich. Ihrer Auffassung nach ist mit der Novellierung des sozialen Entschädigungsrechts der entscheidende Schritt schon gegangen worden.

Dem widersprachen die Sachverständigen vehement. Die letzten Jahrzehnte hätten gezeigt, dass dieses Problem so nicht zu lösen sei, so Zupke. Die SED-Opferbeauftragte bekräftigte ihre Forderung nach einer kriterienbasierten Vermutungsregelung, wie sie für einsatzgeschädigte Soldaten bereits gelte. Danach soll

bei Vorliegen von Kriterien wie einer politischen Haftzeit ein Zusammenhang mit einer späteren Erkrankung grundsätzlich angenommen – und entsprechend entschädigt – werden. Dass so eine Vermutung zulässig sei, machten drei Sachverständige mit medizinisch-psychologischem Hintergrund deutlich. So berichtete Tolu Maslahati von der Berliner Charité über Studienergebnisse, nach denen sowohl psychische als auch physische Erkrankungen bei Menschen, die politisch verfolgt wurden, gehäuft vorkämen.

Nachbesserungsbedarf sahen die Sachverständigen auch bei der großen Neuerung des Entwurfs, dem bundesweiten Härtefallfonds. Hintergrund ist, dass für SED-Opfer, die in westdeutschen Bundesländern leben, keine Unterstützungsfonds wie in ostdeutschen Bundesländern existieren. Durch einen bundesweiten Fonds, der von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge betreut werden soll, soll dem abgeholfen werden.

In der Anhörung warnte aber unter anderem Jörg Drieselmann, Stiftungsratsmitglied der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, davor, einen „Härtefallfonds West“ einzurichten. Der Fonds sei „wichtig und überfällig“, es sei aber nicht vermittelbar, „dass Art und Höhe der Unterstützung vom Wohnort abhängig sind“. Vielmehr müssten die Fonds in den Ländern beendet werden, forderte Drieselmann.

### Ikea will sechs Millionen Euro in Härtefallfonds einzahlen

Auch die finanzielle Ausstattung des Fonds nahmen die Sachverständigen in den Blick. Nachdem das schwedische Möbelunternehmen IKEA in der vergangenen Woche erklärt hatte, sechs Millionen Euro in den Fonds einzuzahlen, weil das Unternehmen von politischen Häftlingen in der DDR produzierte Möbel verkauft hatte, sieht UOKG-Vorsitzender Dombrowski nun westdeutsche Unternehmen, die von der Zwangsarbeit profitiert hätten, in der Pflicht – namentlich nannte er die Bahn, Aldi und Otto. Bislang weisen die Unternehmen entsprechende Forderungen zurück. „Möglicherweise liegt es in der DNA deutscher Unternehmen, dass sie kein Problem haben, mit und in Diktaturen gute Geschäfte zu machen“, kritisierte Dombrowski.

Ob der Entwurf nach dem Scheitern der Ampel-Koalition noch Chancen auf Realisierung hat, ist ungewiss. In der ersten Lesung hatten Vertreter von CDU/CSU und AfD grundsätzliche Sympathie für das Vorhaben erkennen lassen, allerdings – ebenso wie Grüne und SPD sowie der Bundesrat – deutliche Nachbesserungen gefordert.

Sören Christian Reimer



Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke kritisiert die Regierungspläne für SED-Opfer als unzureichend. Vor allem fehlt ihr eine Regelung zu Gesundheitsschäden.

© picture alliance / Metodij Popov

➤ Für die meisten Westdeutschen ging der Alltag weiter. Für viele Ostdeutsche war der Umbruch mit großen Härten verbunden: Sie mussten sich ein neues Leben aufbauen.

BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN BÄRBEL BAS (SPD)

die in nur 180 Tagen den Weg zu Demokratie und Rechtsstaat geebnet und den Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen habe. Für Deutschland sei die Wiedervereinigung ein Glücksfall gewesen, „auch wenn Deutsche in Ost und West ihre Folgen ganz unterschiedlich erlebten“. Während für die meisten Westdeutschen der Alltag weitergegangen sei, sei der Umbruch für viele Ostdeutsche mit

Danach soll der zentrale Anteil der ostdeutschen Bevölkerung am Fall der Mauer und der darauf folgenden Herstellung der Deutschen Einheit verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerufen werden. Es sei „von zentraler Bedeutung, dass die Menschen selbst in der DDR in der Friedlichen Revolution die Diktatur überwunden und sich eigenständig demokratisiert haben“, heißt es in dem Beschluss. Man

Deutsche Einheit

# Freiheit über alles in der Welt

Ilko-Sascha Kowalczyk analysiert in »Freiheitsschock« die Folgen der deutschen Teilung und Einheit für die Zukunft die Demokratie

Die Bilder und Ereignisse vom 9. November 1989 haben sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Die Schlagbäume von Ost nach West-Berlin öffneten sich und bald auch die anderen Übergänge an der innerdeutschen Grenze. Wildfremde Menschen liegen sich in den Armen und feiern, was niemand mehr zu hoffen gewagt hat und sich in den Monaten rasant beschleunigt: Die Überwindung der deutschen Teilung und die Vollendung der deutschen Einheit am 1. Oktober 1990. Seit dem Mauerfall sind nun 35 Jahre ins Land gegangen, aber die Diskussionen über die innere Einheit sind nie abgeebbt. Kontrovers und leidenschaftlich wird auf privater und öffentlicher Bühne bis heute darüber gestritten. Schon bald tauchte auch die Frage nach dem Demokratieverständnis in Ost und West auf. Spätestens nachdem in den ostdeutschen Bundesländern in den letzten Jahren eine immer stärker werdende politische Polarisierung zu beobachten ist, die nach den letzten Landtagswahlen ihren jüngsten Höhepunkt erreicht hat.

Eine Person überschreitet an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße den Streifen am Boden, der mit „Berliner Mauer“ gekennzeichnet ist und deren ehemaligen Verlauf nachzeichnet.

© picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow



Ein anderes Verständnis von Freiheit und Demokratie im Osten

Der Historiker und Publizist Ilko-Sascha Kowalczyk nimmt aus Besorgnis um die Freiheit in Deutschland diese Entwicklungen nun zum Anlass für seinen über 200-seitigen Essay „Freiheitsschock“. Er versucht auf Basis seiner bisherigen historischen Arbeiten („Die Übernahme“), zahlreichen journalistischen Artikeln und persönlichen Erfahrungen auf wissenschaftlichen Tagungen und bei privaten Gesprächen zu ergründen, wieso die Freiheit in Deutschland in Gefahr zu sein scheint und welche historischen, sozialpsychologischen und politischen Ursachen dafür verantwortlich sind, dass sich im Osten der Republik zunehmend ein anderes Verständnis von Freiheit und Demokratie sowie der Wunsch nach anderen politischen Lösungen und Systemen Bahn bricht. Kowalczyk bedient sich dabei in gewohnter Manier der thesenartigen

Zuspitzung, herausfordernder Polemik und politischer Leidenschaft. Bei aller Euphorie über den Mauerfall und die deutsche Einheit, die Möglichkeit zu reisen und zu konsumieren, hätten sich die meisten Ostdeutschen keine Gedanken darüber gemacht und natürlich nicht lernen können, welche Herausforderungen die Demokratie und die neu gewonnene Freiheiten mit sich bringen. Im wahrsten Sinne des Wortes hat sich mit dem 9. November über Nacht für die Menschen jenseits der Mauer alles geändert. Das alles ist nicht neu und bereits hinlänglich analysiert und beschrieben worden. Insbesondere, dass die ideologische und politische Indoktrination und Sozialisation im SED-Staat unweigerlich ihre Spuren hinterlassen hat. Der selbst in der DDR aufgewachsene und dort politisch nicht angepasste Kowalczyk zeigt in bisweilen etwas schulmeisterlicher Art Verständnis für die Besorgnisse,

Probleme und Erwartungen seiner „Landsleute“ während der schwierigen Transformationszeit. Wofür er kein Verständnis aufzubringen vermag, ist die bis heute auch in akademischen und kulturellen Kreisen zunehmend zu beobachtende Relativierung der SED-Herrschaft, die Beschönigung des Alltags in der Diktatur und die Selbststilisierung als Opfer der deutschen Einheit und der „Übernahme“ durch den Westen.

Verantwortungsvoller Umgang mit der neu gewonnen Freiheit

Bei allem Respekt für die Schwierigkeiten und Enttäuschungen, mit denen die Ostdeutschen in den letzten Jahrzehnten konfrontiert waren und sind, beklagt Kowalczyk besonders letzteres. Er plädiert für das mit der Friedlichen Revolution erlangte Recht und die Pflicht zur Selbstbestimmung sowie den verantwortungsvollen Umgang mit der neu ge-

wonnenen Freiheit. Dass dies mühsam erlernt werden muss, Aushandlungsprozesse immer Kompromisse erfordern und nur selten auf Konsens beruhen, macht er in seinem Essay, der mehr einer Kampfschrift gleicht, immer wieder deutlich. Ebenso unmissverständlich erläutert und verteidigt er, dass Freiheit die Grundbedingung für Frieden, Demokratie und alle anderen politischen und gesellschaftlichen Parameter ist. Hier akzeptiert er keine Ausnahmen.

Angesichts der zu beobachtenden gesellschaftlichen Polarisierung und der politischen Entwicklung nach 1989 sind seine Haltung und sein Engagement verständlich. Inwieweit sie zur Überwindung der Gegensätze, der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die „andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“ zur Erklärung der weltweit zu beobachtenden Verwerfungen in den Demokratien beitragen, bleibt abzuwarten. Für den letzten Punkt

bietet Kowalczyk leider keine Erklärung, was jedoch ebenso dringend erforderlich und wünschenswert ist, wie die Bereitschaft aller Seiten, sich in den konstruktiv-kritischen Dialog zu begeben, gemeinsam Kompromisse zu finden und die Demokratie zu stärken. Das alles kann nur und muss in Freiheit geschehen, damit wir bei aller Skepsis und Unzufriedenheit mit der Gegenwart friedfertig und gemeinwohlorientiert die Zukunft gestalten können.

Jörg von Bilavsky



Ilko-Sascha Kowalczyk  
**Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute.**  
 C.H. Beck, München 2024; 240 S., 22,00 €

KURZ REZENSIIERT

Wider dem erinnerungspolitischen Ost-Umbau

Eine einfache Lektüre hat die Publizistin und frühere DDR-Spitzensportlerin Ines Geipel mit ihrem neuen Buch wahrlich nicht vorgelegt. Trotzdem ist „Fabelland“ - eine Melange aus Privatem, Dokumentation und politischer Analyse - viele Leser zu wünschen. Geipel lässt zahlreiche Politiker, Soziologen und Historiker zu Wort kommen. Dabei hat die mehrfach ausgezeichnete Autorin, die unter anderem die Aufarbeitung des DDR-Dopingsystem entscheidend vorangetrieben hat, selbst viel mitzuteilen über ihren langen Kampf gegen die nachträgliche Verherrlichung des DDR-Regimes. Aufklärung tut hier Not, denn im Osten geht es drunter und drüber: Aus dem Glück des Mauerfalls und der Deutschen Einheit erheben sich die autoritären Kräfte der AfD und jetzt des BSW, vermischt mit viel Ostalgie. Nicht wenige Politiker versuchen von dieser Entwicklung zu profitieren, indem sie die neuen Ost-Befindlichkeiten hegen und pflegen. So zitiert Geipel Brandenburgs Mi-



Ines Geipel:  
**Fabelland. Der Osten, der Westen, der Zorn und das Glück.**  
 S. Fischer, Frankfurt/M. 2024; 320 S., 26,00 €

nisterpräsident Dietmar Woidke (SPD), der sich nach einem „neuen ostdeutschen Selbstbewusstsein“ sehnt. Damit werde zusehends flüde, was vor mehr als drei Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch der DDR-Diktatur geklärt schien, mahnt die Autorin. „Das innerostdeutsche Klima wird zum politischen Sprengstoff. Die alte Täterklientel hat sich reorganisiert, die Opfer lassen ihre letzte Lebenskraft im demütigenden Kampf um Rehabilitation.“ Mit wachsender Fassungslosigkeit beobachtet Geipel die „gedächtnispolitischen Ost-Umbauer“. Der

Kulminationspunkt wurde 2023 erreicht: Auf den Markt gelangten drei Bücher über die „Legende vom Ostdeutschen als vermeintlich utopischer Ideenkapitel“. Mit Emphase zerreißt Geipel die Bücher von Thomas Oberender, Dirk Oschmann und Katja Hoyer, allesamt Ostdeutsche mit „erstaunlichen Freiheitskarrieren“. Gleichwohl wurden ihre Bücher auch in Westdeutschland dankbar aufgenommen und gehypt. Dabei muss man nicht lange suchen, um die Gründe für diese Legendenbildung zu finden: Die aktuelle erinnerungspolitische DDR-Revision sei „eine nach außen verlagerte Entlastungserzählung, die versucht, den Westen zum Buhmann zu machen“, analysiert Geipel. Hinzu komme „eine Erzählung darüber, wie stark die diktaturbelasteten Generationen im Osten das Binnenkollektiv noch immer zusammenhalten“. Es sei daher kein Zufall, dass die AfD mit ihrem Geschichtsrevisionismus nicht nur, aber vor allem in Ostdeutschland punkten kann. Aschot Manutscharjan

Anzeige

Das Standardwerk in aktualisierter Neuauflage



Stefan A. Schirm  
**Internationale Politische Ökonomie**  
 5., umfassend aktualisierte und erweiterte Auflage 2024, 273 S., brosch., 24,- €  
 ISBN 978-3-7560-0614-4  
 E-Book 978-3-7489-4150-7  
 (Studienkurs Politikwissenschaft)

Das Lehrbuch führt in Theorien und aktuelle Entwicklungen der Internationalen Politischen Ökonomie ein. Im Fokus dieser 5., umfassend aktualisierten und erweiterten Auflage stehen zentrale Politikfelder wie De-Globalisierung, regionale Kooperation und Global Economic Governance. Der Band bereitet so das Fundament für eine theoriegeleitete Analyse der IPO und ihre Integration in politikwissenschaftliche Forschung und Lehre.



Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »INVENTARISIERUNG DER MACHT« IM MAUER-MAHNMAL**

# Die Berliner Mauer aus anderer Sicht

Zum 35. Jubiläum des Mauerfalls zeigt eine neue Ausstellung im Bundestag seltene Aufnahmen der DDR-Grenztruppen

Im Militärischen Zwischenarchiv in Potsdam öffneten Annett Gröschner und Arwed Messmer 1995 einen unscheinbaren, grauen Pappkarton – und entdeckten eine Fundgrube aus der Zeit der Berliner Mauer. Der Karton war gefüllt mit zusammengerollten Kleinbildfilmen. Erst langsam wurde ihnen klar, dass sie hier ein außergewöhnliches Zeitdokument in ihren Händen hielten: Negative, aufgenommen von den Grenztruppen der DDR, die die Berliner Mauer in den Jahren 1965/1966 aus der Perspektive ihrer Erbauer zeigten. Ursprünglich waren diese Aufnahmen für Ingenieure in der DDR gedacht, die Schwachstellen der Mauer erkennen und ausbessern sollten – doch auch heute ermöglichen sie einen intensiven Blick auf das Grenzsystem der DDR: menschenleere, beklemmende Räume, die von Kälte und bedrückender Isolation geprägt sind.

Über 1000 Horizontalsequenzen und Einzelbilder der Berliner Mauer bilden das Herzstück der Ausstellung. Die Bilder wurden zu Panoramen zusammengesetzt und zeigen eine fast lückenlose Dokumentation der Grenzanlagen.

© Deutscher Bundestag / J.F. Müller / Exponate aus dem Bundesarchiv



## Ausstellung von Mauer-Fotografien an einem symbolträchtigen Ort

Die Fotografien zeigen dabei nicht nur die Mauer selbst, sondern auch das komplexe Sicherungssystem aus Hausmauern, Betonplatten, Drahtzäunen und Stacheldraht, das die brutale Teilung Berlins sichtbar macht. Gröschner und Messmer erkannten den historischen Wert dieser Bilder und machten es sich zur Aufgabe, sie der Nachwelt zugänglich zu machen. Die Ausstellung „Inventarisierung der Macht“ am Dienstagabend im Mauer-Mahnmal des Bundestags von der Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU) eröffnet wurde, zeigt die Bilder als eindrucksvolle Panoramen an einem symbolträchtigen Ort: direkt auf dem ehemaligen

Grenzstreifen, der an die Opfer der Teilung erinnert. „So nah konnten normale Bürger der DDR gar nicht an die Mauer heran“, erklärte Gröschner am Dienstag bei einer Führung durch die Ausstellung. Für die Ostberliner Publizistin eröffnen die Bilder so eine neue Perspektive auf die Grenze. Die stummen, menschenleeren Bilder der Mauer ergänzte Gröschner mit Aufzeichnungen der Grenzsoldaten, die während des Fotografierens festhalten mussten, was sie auf der anderen Seite der Grenze hörten oder beobachteten. So entstand eine eindrucksvolle Kombination aus Bild und Text, die die vermeintliche Leere des Grenzgebietes durch Erinnerungen und Eindrücke belebt und den Menschen jenseits der Mauer eine Stimme gibt: Wie etwa einem Mann

an der Bernauer Straße, der die Grenzsoldaten aufforderte: „Kommt, die Mauer ist nicht hoch. Das schafft ihr!“ Oder einem westlichen Besatzungssoldaten, der per Lautsprecher am Reichstagsufer DDR-Grenzschützer fragte: „Wollt ihr eine Zigarette?“

## Bundestag zeigt Dokumente über tragische Ballonflucht

28 Jahre lang zog sich die Mauer durch Berlin. Errichtet am 13. August 1961, war sie eine Betonbarriere, die Familien, Freunde und Nachbarn voneinander trennte und die Stadt in zwei Lager spaltete. Mit einer Länge von etwa 155 Kilometern umschloss sie West-Berlin fast vollständig. Die Mauer sollte Fluchtversuche in den Westen verhindern und wurde zum weltweit bekannten Symbol des Kal-

ten Krieges. Heute erinnere die Mauer daran, was für ein Glücksfall die Wiedervereinigung trotz aller Härten gewesen sei, sagte Bundestagsvizepräsidentin Magwas während der Ausstellungseröffnung. Außerdem dürfe nicht vergessen werden, dass die Mauer von Ostdeutschen zum Einsturz gebracht wurde, „die sich vom diktatorischen SED-Regime nicht einschüchtern ließen; die für Freiheit, für Demokratie auf die Straße gingen“, so Magwas. Die Ausstellung, kuratiert von Kristina Volke, Leiterin des Referats Kunst im Deutschen Bundestag, zeigt neben den Panoramabildern der Mauer auch Dokumente zur Flucht, wie Fotos von Fluchtleitern und Tunneln, die den Mut der DDR-Bürger verdeutlichen. Auch Berichte über das letzte Maueropfer Winfried Freudenberg,

der 1989 beim Versuch, mit einem Gasballon von Ost- nach Westberlin zu entkommen, ums Leben kam, werden ausgestellt. Passend zum 35. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November lädt die Ausstellung dazu ein, die Geschichte der Berliner Mauer und die tiefe Kluft, die sie zwischen Ost und West gerissen hat, neu zu betrachten. Die historischen Fotografien der Grenztruppen und die akribisch gesammelten Protokolle zeigen eindrucksvoll die düstere Realität der Teilung, erinnern aber auch an Momente der Menschlichkeit.

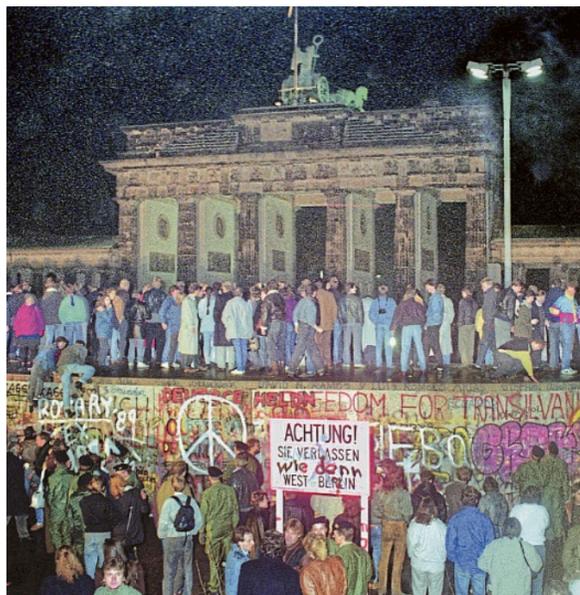
Carolin Hasse

„Inventarisierung der Macht“ wird im Mauer-Mahnmal des Bundestages noch bis zum 27. April 2025 ausgestellt. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 11 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr. Der Eintritt ist frei.

## VOR 35 JAHREN

### Hymne zu später Stunde

**09.11.1989: Abgeordnete singen spontan „Einigkeit und Recht und Freiheit“.** Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man von einem Gänsehautmoment im Bonner Plenarsaal spricht. Als am Abend des 9. November 1989 die Nachricht vom Mauerfall den Bundestag erreicht, stimmen die drei Abgeordneten Ernst Hinsken (CSU), Franz Sauter und Hermann Josef Unland (beide CDU) spontan die Nationalhymne an. Nach und nach erheben sich auch die anderen Abgeordneten sowie die Schriftführer von ihren Plätzen und stimmen mit ein. Dass es ein historischer Tag werden sollte, ahnten die Abgeordneten noch nicht, als sie damals zusammenkamen. Die Agenda der 174. Sitzung der elften Wahlperiode klang jedenfalls nach Parlamentsalltag: eine Befragung der Bundesregierung zur „Flüchtlingsbewegung und die Situation in Aufnahmelagern“, Beratungen über eine Rentenform, eine Aktuelle Stunde zur „Schätzung der EG-Getreideernte“. Währenddessen überschlugen sich in Ost-Berlin die Ereignisse. Günter Schabowski, Sprecher des SED-Zentralkomitees, verkündete gegen 18.30 Uhr auf einer Pressekonferenz die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik. Um 19.05 Uhr verbreitete die Nachrichtenagentur AP in einer Eilmeldung „DDR öffnet Grenzen“, um 19.41 Uhr zog die Deutsche Presseagentur (dpa) nach, um 20 Uhr war die Grenzöffnung Topnachricht in der „Tagesschau“. Etwa gleichzeitig brachte der stellvertretende Unionsfraktionschef Heinz Spilker die frohe Kunde ins Plenum. „Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen“, verlas er eine Meldung. Die Abgeordneten applaudierten minutenlang. Wenige Minuten später, vor einer namentlichen Abstimmung über ein Vereinsförderungsgesetz, bat Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) die Abgeordneten bereits, „in der nächsten Stunde“ das Haus nicht zu verlassen. „Sie kennen die Ereignisse, die sich durch die Öffnung der Grenzen ergeben haben. Es ist möglich, dass dazu noch Ausführungen gemacht werden“, erklärte sie. Laut Plenarprotokoll unterbrach Renger die Sitzung dann auf Wunsch der Fraktionsvorsitzenden um 20.22 Uhr. Eine Viertelstunde später trat der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters (CDU), ans Rednerpult und sprach in einer Erklärung der Bundesregierung von „historischen Prozessen“. „Die vorläufige Freigabe von Besuchsreisen und Ausreisen aus der DDR ist ein Schritt von überragender Bedeutung“, so Seiters. „Damit wird praktisch erstmals Freizügigkeit für die Deutschen in der DDR hergestellt.“ Deutlicher wurde SPD-Fraktionschef Hans Jo-



Der Mauerfall bewegte nicht nur die Menschen in Berlin – er rührte auch die Abgeordneten des Bundestages in Bonn.

© picture alliance / SZ Photo | Paul Glaser

chen Vogel, der bereits von einem „Ende der Mauer“ sprach, die nach 28 Jahren „ihre Funktion verloren“ habe. „Ich denke, dass heute in der Nacht noch, aber morgen ganz gewiss das Fest der Freizügigkeit in Berlin stattfinden wird“, sagte der Grünen-Abgeordnete Helmut Lippelt voraus. Als letzter sprach Wolfgang Mischnick (FDP) und forderte freie Wahlen in der DDR. Nach Mischnicks Rede verzeichnet das Protokoll „Beifall bei allen Fraktionen – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne“. Danach war an eine Rückkehr zur Tagesordnung nicht mehr zu denken. „Mit diesem großen Ereignis ist dieser Sitzungstag heute geschlossen“, schickte Vizepräsidentin Renger die Abgeordneten in die historische Nacht.

Benjamin Stahl

## AUSBLICK

### Nächste Woche im Plenum

In der kommenden Woche steht eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur aktuellen politischen Lage auf der Tagesordnung des Bundestages. Diese ist für Mittwoch, den 13. November, angesetzt. Nachdem der Bundeskanzler in dieser Woche Finanzminister Christian Lindner (FDP) aus dem Amt entlassen und angekündigt hatte, am 15. Januar 2025 die Vertrauensfrage stellen zu wollen, will sich der Kanzler am kommenden Mittwoch rund eine halbe Stunde zum Geschehen äußern. Direkt im Anschluss ist eine zweistündige Aussprache im Plenum geplant. Ebenfalls für Mittwoch angesetzt ist eine Befragung der Bundesregierung, bei der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Kanzleramtschef sowie Bundesminister für besondere Aufgaben Wolfgang Schmidt (SPD) Rede und Antwort stehen werden. Die Ausschüsse setzen ihre reguläre Arbeit in der kommenden Woche fort. Im Rechtsausschuss steht am Mittwochvormittag eine Anhörung zu geplanten Grundgesetzänderungen im Bereich des Bundesverfassungsgerichts auf der Agenda. Im Bildungsausschuss wird zeitgleich eine öffentliche Anhörung zur Anpassung des Befristungsrechts in der Wissenschaft stattfinden.



© Deutscher Bundestag/Lorenz Huter

Stand 8.11.: Die Tagesordnung kann sich noch ändern.

## LIVE UND ZUM NACHSEHEN

### Topthemen am 13. November 2024

Regierungserklärung zur aktuellen Lage (Mi), Befragung der Bundesregierung (Mi)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

[www.bundestag.de/mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek): Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.



leicht  
erklärt!

# Sorgen um die Wirtschaft

## Vielen Firmen geht es schlecht



### Worum geht es?

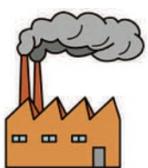
Es machen sich viele Menschen Sorgen um die Wirtschaft in Deutschland.

Das ist der Grund dafür:  
Vielen Firmen im Land geht es schlecht.

Sie müssen dann folgende Dinge tun:

- Mitarbeiter entlassen.
- Geld sparen.
- Werke schließen.
- Vielleicht irgendwann ganz schließen.

Über diese Firma wird dabei gerade besonders viel geredet:  
Volkswagen.



Die Abkürzung dafür ist VW.

Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was ist bei VW passiert?
- Wie geht es anderen Firmen?
- Warum gibt es die Probleme?
- Was kann man dagegen tun?
- Warum streiten sich Politiker darüber?

### Was ist bei VW passiert?

VW baut Autos.

Es ist einer der größten Auto-Bauer der Welt.

Besonders bekannt sind zum Beispiel diese Autos von VW:

- Golf
- Polo
- Passat



VW kommt aus der Stadt Wolfs-Burg.

Doch es gibt auch in vielen anderen deutschen Städten Werke von VW.

Und auch in anderen Ländern.

Jetzt haben die VW-Chefs gesagt:

Wir müssen Werke schließen.

Auch in Deutschland.

Und wir müssen die Mitarbeiter dort entlassen.

Das sind die Gründe dafür:

- Immer weniger Menschen kaufen neue Autos.
- Die E-Autos von VW sind nicht sehr beliebt.
- VW hat aber viel Geld für seine E-Autos ausgegeben.
- Eine Zeit lang gab es nicht genug Teile für mehr Autos.
- Die Technik in manchen Autos von VW hat Probleme gemacht.
- VW hat für manche neue Techniken viel Zeit gebraucht.



Das alles führte dazu:

VW hat weniger Geld verdient.

Deshalb will VW jetzt Geld sparen.

Zum Beispiel mit dem Schließen von Werken.

Und mit dem Entlassen von Mitarbeitern.

### Wie geht es anderen Firmen?

Nicht nur VW hat solche Probleme.

Auch andere Firmen haben diese Sorgen.

Nicht nur andere Auto-Bauer.

Auch Firmen, die Teile für Autos bauen.

Zum Beispiel Auto-Reifen.

Aber auch in anderen Bereichen gibt es Probleme.

Zum Beispiel auch in diesen Bereichen sind die Sorgen von vielen Firmen groß:



- Maschinen-Bau
- Geschäfte und Kauf-Häuser
- Gast-Stätten und Hotels

Oft müssen Firmen schließen und alle Mitarbeiter entlassen.

Und viele sagen:

Wenn die Politik nichts macht, dann müssen bald viel mehr Firmen schließen.

### Warum gibt es die Probleme?

Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann ist sie jedes Jahr etwas stärker als im Jahr davor.

Vor allem, weil die Firmen mehr Geld verdienen.

Nun passiert aber im 2. Jahr hintereinander dasselbe:

Die Wirtschaft in Deutschland wird schwächer.

Das passiert in Zeiten mit Frieden im Land nur sehr selten.

Das zeigt:

Deutschland hat im Moment ein Problem mit seiner Wirtschaft.

Vielen Firmen geht es schlecht.



Es gibt viele Gründe dafür, warum es der deutschen Wirtschaft gerade nicht gut geht.

Und es wird viel darüber gestritten, welche Gründe die wichtigsten sind.

Immer wieder hört man diese Gründe:

#### 1. Weniger Geld

Viele Dinge sind immer teurer geworden.

Deshalb haben viele Menschen weniger Geld übrig als vorher.

Also kaufen sie davon auch weniger Dinge.

Das Geld fehlt den Firmen dann aber.



#### 2. Hohe Energie-Kosten

In Deutschland ist Energie besonders teuer.

Besonders seit es in der Ukraine Krieg gibt.



Und Firmen, die zum Beispiel Autos bauen, brauchen sehr viel Energie.

Firmen brauchen dafür vor allem Strom und Gas.

In vielen anderen Ländern bezahlen Firmen aber viel weniger dafür.

Also können sie in Deutschland weniger Gewinn machen.

### 3. Probleme auf der ganzen Welt



Auf der ganzen Welt haben gerade viele Firmen solche Probleme.

Das liegt auch an Corona und dem Krieg in der Ukraine.

Deutsche Firmen arbeiten oft mit Firmen aus anderen Ländern zusammen.

Oft ist das nun schwieriger geworden.

### 4. Bessere Firmen in anderen Ländern

Früher waren in Deutschland hergestellte Dinge im Vergleich zu anderen Ländern oft besonders gut.

Heute können auch viele andere Länder gute Dinge herstellen.

Zum Beispiel Autos.



Vor allem China ist viel besser damit geworden, selbst gute Dinge herzustellen.

Doch wenn mehr Leute ihre Dinge aus China kaufen, dann kaufen weniger Leute die Dinge von den deutschen Firmen.

### 5. Strenge Regeln von der EU

Die Europäische Union ist eine Zusammen-Arbeit von vielen Ländern in Europa.



Die Abkürzung dafür ist EU.

Die EU macht viele Regeln für die Firmen in den Ländern.

Zum Beispiel:

Es soll bald keine Autos mehr mit Benzin oder Diesel geben.

In Deutschland wird aber viel Geld mit solchen Autos verdient.

Deshalb sagen viele:

Die Regeln von der EU sind schlecht für die deutsche Wirtschaft.

### Was kann man gegen die Probleme tun?

Es gibt viele Ideen, wie man der deutschen Wirtschaft helfen kann.

Doch es gibt deshalb auch viel Streit.

Manche sagen zum Beispiel:

Deutschland muss sich bei E-Autos und Strom aus Sonnen-Licht viel mehr anstrengen.

Andere wollen das aber nicht.

Sie sagen:

Deutschland soll die Sachen machen, die es besonders gut kann.

Und für sie gehören E-Autos und Strom aus Sonnen-Licht nicht dazu.



### Vorschläge von Christian Lindner

Auch in der Bundes-Regierung gibt es Streit darüber, wie man der deutschen Wirtschaft helfen soll.

Finanz-Minister Christian Lindner hat dafür eine Liste mit Ideen gemacht.

Unter anderem will er das:

- Die Regeln für Firmen in Deutschland sollen weniger werden.
- Wenn Firmen etwas machen wollen, soll das in Zukunft leichter gehen.  
Zum Beispiel:  
Ein neues Gebäude bauen.
- Firmen sollen weniger Geld an den Staat bezahlen müssen.
- Die Regeln, um das Klima zu schützen, sollen weniger streng sein.



Es gibt aber ein Problem:

Christian Lindner hat diese Ideen nicht mit den anderen Politikern in der Regierung abgesprochen.

Er gehört zur Partei FDP.

Parteien sind Politiker, die zusammen arbeiten.

Die anderen Parteien in der Regierung sind die SPD und die Grünen.

Die Politiker in diesen Parteien haben aber ganz andere Ideen und Meinungen.

Vor allem die Grünen sind gegen die Ideen von Christian Lindner.

Deshalb gab es viel Streit.



### Ideen von anderen Parteien

In den anderen Parteien in der Regierung gibt es andere Ideen, wie man der Wirtschaft helfen kann.

Vor allem der Wirtschafts-Minister Robert Habeck hat andere Ideen.

Er ist von der Partei die Grünen.

Er sagt:

Nicht alle Firmen sollen weniger Geld an den Staat bezahlen.

Sondern es sollen die Firmen belohnt werden, die gute Sachen machen.

Zum Beispiel:

Neue Gebäude bauen.

Oder neue Arbeits-Plätze schaffen.

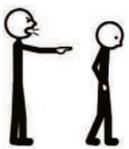
Auch die SPD sagt:

Die Ideen von der FDP sind nicht gut.



### Lindner wird entlassen

Deshalb ist diese Woche das passiert: Bundes-Kanzler Olaf Scholz hat Christian Lindner entlassen.



Der Bundes-Kanzler hat gesagt: Ich vertraue Christian Lindner nicht mehr.

Die FDP gehört jetzt nicht mehr zur Regierung.

SPD und Grüne haben aber jetzt zusammen nicht mehr die meisten Stimmen im Bundes-Tag.

Deshalb soll bald das passieren: In Deutschland muss neu gewählt werden.

### Kurz zusammengefasst



Die deutsche Wirtschaft hat gerade große Probleme.

Genauer:

Vielen deutschen Firmen geht es schlecht.

Dafür gibt es viele verschiedene Gründe.

Zum Beispiel Probleme wegen Corona und dem Krieg in der Ukraine.

Aber es gibt auch viele strenge Regeln für Firmen.

Und viele Leute geben nicht mehr so viel Geld aus.

Wenn es Firmen nicht gut geht, dann kann das passieren:

- Sie müssen Mitarbeiter entlassen.
- Sie müssen Werke oder Geschäfte schließen.
- Sie müssen vielleicht ganz aufhören.

Ein Beispiel, von dem man gerade viel hört, ist Volkswagen.

Das kürzt man so ab: VW.

VW baut Autos.

Und VW hat derzeit große Sorgen.

Es kaufen viel weniger Menschen Autos von VW als früher.

Nun hat VW gesagt:

- Wir müssen Mitarbeiter entlassen.
- Wir müssen Fabriken schließen.

Doch auch anderen Unternehmen geht es sehr schlecht.

Und viele Menschen in Deutschland haben diese Angst:

Muss bald auch mein Arbeit-Geber Mitarbeiter entlassen?



Die Regierung von Deutschland hat sich sehr gestritten, wie man der Wirtschaft helfen kann.

In der Regierung waren bisher 3 Parteien: SPD, die Grünen und die FDP.

Alle drei Parteien haben andere Ideen, wie man der Wirtschaft helfen kann.

Vor allem die FDP und die Grünen haben sich viel gestritten.

Diese Woche hat der Bundes-Kanzler den Finanz-Minister von der FDP entlassen.

Jetzt gehört die FDP nicht mehr zur Regierung.



### Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom NachrichtenWerk der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de) Kontakt: Alexander Gies, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / Schoening / Schoening. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 47-48/2024 Die nächste Ausgabe erscheint am 16. November 2024.